

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 5. April 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Randbemerkungen

Der unerwartete Rücktritt der deutschen Regierung hat wieder einmal die Frage in den Vordergrund gerückt, wie weit gehen die Verpflichtungen des Staates, Sozialpolitik zu treiben? Insbesondere ist der Streit um die Verpflichtung des Staates, für die Arbeitslosen ausreichend zu sorgen, nun seit Jahr und Tag im Gange. Die Sozialdemokratische Partei konnte eine weitere Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung nicht auf sich nehmen und die bürgerlichen Parteien unter Führung der Volkspartei, aber auch unter Mitwirkung des Zentrums standen nicht einmal zu den Anträgen des Kabinetts. Der Finanzminister **Moldenhauer** erklärte nach Rücksprache mit seiner Partei den bisherigen Kabinettsbeschluss einer eventuellen Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung bis zu 4 Proz. (sowie des Reichszuschusses von 200 Millionen) nicht mehr zustimmen zu können. So ergab sich im Parlament das kuriose Schauspiel, daß die Sozialdemokratie zwar für den Antrag des Kabinetts war, daß dieses Kabinett aber nicht mehr für seinen eigenen Antrag eintrat und auseinanderfiel. Mittlerweile ist das neue Kabinett **Brüning** (Zentrum) gebildet worden und es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge gestalten.

Jedenfalls ist schon klar zu erkennen, daß die Arbeiterschaft alle Kräfte konzentrieren muß, um den Kampf aufzunehmen für ein sozialpolitisches Deutschland. In der Vorkriegszeit hatte man vielfach darauf hingewiesen, daß in Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland unsere Sozialpolitik „überspannt“ sei. Heute, da England und eine Anzahl anderer Staaten viel weitergehende sozialpolitische Einrichtungen besitzen, können nun die Unternehmer damit nicht mehr kommen. Sie haben aber andere Argumente vorzubringen. Es ist kennzeichnend, daß die Deutsche Volkspartei auf ihrem Mannheimer Parteitag kategorisch noch viel weitergehende Steuerersenkungen der Besitzenden fordert zwecks „Kapitalbildung“, daß aber gegenüber dem großen Elend der Millionen Arbeitslosen und ihrer Angehörigen keinerlei Verständnis in diesen Kreisen besteht. Ein Organ, das im allgemeinen politisch weit rechts gerichtet ist, wenn es auch dem Zentrum nahesteht, „Der Deutsche“, muß angesichts dieser Tatsachen in seiner Nummer vom 28. März 1930 erklären, „die öffentliche Meinung ist so irreführend und vergiftet worden, daß weite Volks-

schichten, die für das wirkliche Elend kein Auge haben, einerartigen Politik guthießen. Bei dem Volk, das am wenigsten hat, will man sparen. Dort will man selbst hart zupacken.“

Mit der Kapitalbildung ist das überhaupt eine merkwürdige Sache. Im Verlag des ADGB. ist kürzlich eine kleine Broschüre erschienen über „Wirtschaftslage, Kapitalbildung und Finanzen in Deutschland von 1925 bis 1930.“ Darin wird treffend auseinandergesetzt, daß die Fortschritte

der deutschen Wirtschaft gegenwärtig, besonders in jüngster Zeit, geradezu bewunderungswert sind. Andererseits ist die ungeheure Krise am Arbeitsmarkt nicht zuletzt durch die enorm schnelle Rationalisierung vor sich gegangen. Diese Rationalisierung hat dem Kapital ungeheure Profite gebracht. Sie ist in einem solchen Ausmaß erfolgt, daß heute kaum 40 Proz. aller Maschinen usw. voll ausgenützt werden können. Nun ist unter Mitwirkung der deutschen „Wirtschaftsführer“, insbesondere aber durch den ehemaligen Reichsbankpräsidenten **Dr. Schacht** eine starke Abrosselungspolitik der Auslandskredite gegenüber den öffentlichen Betrieben erfolgt. Darunter hat nicht nur das Baugewerbe und weite Kreise der Arbeitnehmer zu leiden, soweit sie in den

Genossen

Vielleicht sind unsere törichten Gedanken sich irgendwo im All begegnet,
 lang ehe wir in unserm Blut ertranken . . .
 Da warst auch du wohl, Bruder oder Vater,
 und warst Genosse eines gleichen Ziels,
 und gleiches Wissen war doch dir und mir Berater.
 Wenn du am Schraubstock standst und ich am Pfluge
 und sannem beide an der Zeiten Wirt,
 so küßten unsere Träume sich im Fluge . . .
 Und ob auch unsre Sprache fremden Klanges,
 uns band die Not, und unser freudig Hoffen
 war gleiches Glaubens, Liebens, gleichen Sanges;
 wir waren arm und Schicksalsunbekannte
 und hatten unsre Zukunft kinderlieb . . .
 Nie, daß uns Hemmnis dauernd übermannete.
 Und als Gewalt uns auseinanderriß,
 bekämpften wir einander — Losverbannte!

Nun sind wir tot — doch unsere Gedanken
 sind irgendwo im All vermählt und neugeboren,
 eh' unsre Körper in die Erde sanken.

Julius Zerfas.

Produktionsbetrieben der Gemeinden tätig waren und nun arbeitslos wurden, sondern auch die breiten Massen des Volkes, ja auch das Bürgertum und das Kleingewerbe leiden außerordentlich schwer unter diesen unverantwortlichen Erschwernissen der öffentlichen Wirtschaft. Fast alle Aufträge der Gemeinden an die Privatwirtschaft mußten eingestellt werden.

Eine verstärkte Kapitalbildung kann in erster Linie durch verstärkte Kapitaleinfuhr erfolgen. Auf der anderen Seite ist obendrein festzustellen, daß wir auch heute noch eine ziemlich weitgehende Flucht deutschen Kapitals ins Ausland haben. Darüber ist gerade gegenwärtig die Tagespresse mit Klagen angefüllt. Es sei erwähnt ein ausführlicher Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 16. März 1930. Aber auch sonst liegen zahlreiche Beweise dafür vor. So weisen z. B. die acht wichtigsten Banken der Schweiz für das verflossene Geschäftsjahr an fremden Geldern nicht weniger als 6,32 Milliarden Schweizer Franken aus. Nach Schätzung des Züricher Bankhauses Cuperzeller A.-G. entfallen von den 6,32 Milliarden zumindest 2 Milliarden auf das

Ausland, besonders auf Deutschland. Das läßt die Klagen unserer Industriellen über mangelnde Kapitalbildung in einem wesentlich anderen Licht erscheinen. Wir sehen im heutigen Staat kaum die Möglichkeit, den internationalen Austausch des Kapitals zu verhindern. So ergibt sich als folgerichtige Erkenntnis, daß der Innenmarkt stärker ausgebaut werden muß, d. h. die Konsumkraft der Massen muß wachsen, und das kann nur geschehen durch höhere Löhne, die freilich erkämpft werden müssen. Voraussetzung für diesen Kampf ist wiederum eine günstigere Wirtschaftskonjunktur, als sie sich im letzten Jahre ergeben hat.

Daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vom 23. März 1930 auch jetzt noch in den Ruf einstimmt: „Wo bleibt die Senkung der Staatslasten?“ und als die Wurzel allen Übels die „öffentliche Ausgabenwirtschaft“ bezeichnet, darf uns freilich nicht wundern bei diesem hemmungslosen Unternehmerblatt. Schlimmer ist schon, daß die neuen Steuervorlagen von der Brüning-Regierung wahrscheinlich noch eine wesentlichere Massenbelastung bringen, als diejenigen der bisherigen Regierung. Und das will allerhand sagen.

Inzwischen sind fast auf der ganzen Linie tarifrechtliche Lohnbewegungen in Gang gekommen. Leider konnten die Gewerkschaften nicht die notwendige Schärfe dahintersetzen aus drei Gründen, die jedem denkenden Gewerkschafter verständlich sein müßten: Einmal wegen der ungeheuren Reservearmee von mehr denn 3 Millionen, die eine Wahrscheinlichkeitsrechnung für den Gewinn großer Massenkämpfe nicht zuläßt. Zum zweiten die Tatsache, daß wir noch ein ungeheures Heer von Unorganisierten haben. Zwar behauptet die „Opposition“ der KPD., daß diese Unorganisierten „hervorragende Kämpfer“ seien, und daß sie deshalb auch keine Bedenken haben, sich mit ihnen, sowie zeitweilig sogar mit „Christlichen“ zu verbinden, um bei den Betriebsrätewahlen Sitze zu erobern. Es kann aber schon heute festgestellt werden, daß diese Versuche vergeblich waren, trotz allen Siegesgekreises der „Roten Fahne“. Abgesehen von den Großniederlagen der „Opposition“ in den Leuna-Werken, in der Berliner Verkehrsgesellschaft, in den Leipziger Stadtbetrieben, in Berliner Gas- und Elektrizitätswerken, ist auch im ganzen Industriegebiet Rheinland-Westfalens die überwiegende Mehrheit der Betriebsräte auf der freigewerkschaftlichen Liste gewählt! Das nimmt uns eigentlich nicht wunder, wenn man bedenkt, daß die Taktik der Gewerkschaftsopposition ein wahres Drunter und Drüber ist. Immerhin möchten wir als Beispiel dafür, wohin die fanatisierte Opposition führt, aus der „Leipziger Volkszeitung“ zitieren, was in einer Konferenz kommunistischer Gemeindevertreter am 23. März 1930 der KPD.-Führer Schneller sagte:

„Nach den bisherigen Erfahrungen in den Kommunen haben wir nicht mehr das Wort den Regiebetrieben zu reden, weil diese durch eine proletarierfeindliche Werkpolitik betrieben wird.“

Wir glauben, daß es für unsere Leserschaft genügt, wenn wir das 3'tat niedriger hängen. Es bleibt aber bestehen, daß diese dritte Hemmung durch die Gewerkschaftsopposition bei unseren Tarif- und Lohnbewegungen erheblich ins Gewicht fällt. So nur wird auch erklärlich, warum wir nicht nur in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, sondern auch in anderen Unternehmerorganen, wiederholt anerkennende Worte über die Taktik der KPD.-Opposition gefunden haben. Von den bisher erfolgten Tariskämpfen ist zu sagen, daß die Buchdrucker zwar einige Verbesserungen erreichten, aber in ihrem Manteltarif eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchsetzen konnten, trotzdem die Verhandlungen drei volle Wochen dauerten. Inzwischen ist dieser Tarifvertrag durch Urabstimmung von den Mitgliedern sanktioniert worden. Bei den Bauarbeitern besteht sogar die Gefahr, daß die Löhne abgebaut werden sollen, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht. Hier werden sich die Dinge in den nächsten Wochen entscheiden.

Weil wir nun einmal bei der KPD.-Opposition sind, möchten wir uns ausnahmsweise auch mit ein paar Randbemerkungen beteiligen an der „neuen Linie“, die in Rußland durch Stalin vorgenommen worden ist. In einem Artikel der „Drauda“ hat er ein neues Schlagwort geschaffen, das heißt: „Golowokruschenie“. Das Wort soll in der Uebersetzung etwa bedeuten, daß jemand „bei zu raschem Erfolg im Kopfe ein Schwindelgefühl bekommt.“ Er hat mit dieser Krankheit die einseitige Anwendung der Kollektivierung der Landwirtschaft entschuldigt, ebenso die damit verbundenen Ausschreitungen und nun wieder neue geradezu entgegengesetzte Direktiven gegeben. Ähnlich liegt es mit der Schließung von Kirchen in Rußland. Dieser Artikel Stalins hat in der ganzen deutschen Presse einen weiten Widerhall gefunden. Es ist mit Recht gefragt worden, welche neue Linie nun eigentlich die KPD. einnehmen soll, nachdem Stalin selbst die bisherige Linie zerbrochen hat. Wir möchten fast sagen, daß auch bei manchen KPD.-Leuten sich so etwas wie „Golowokruschenie“ (Kopfschwindel) herausstellt, wenn sie an irgendeiner Stelle einen kleinen Teilsieg bei den Betriebsrätewahlen aufweisen können. Das hysterische Siegesgeschrei der „Roten Fahne“ in den letzten Wochen könnte wohl auch durch diese Art Krankheit erklärlich gemacht werden. Aber wir wollen uns doch hier nicht allzuviel mit diesen Dingen beschäftigen. Mögen diese Diskussionen ausgeführt werden in der politischen Arena. Wir halten es nur für richtig, unzweideutig zu betonen, daß gewerkschaftliche Taktik Plan und Ziel haben muß und nicht auf Wünsche und Schimpfen aufgebaut werden kann.

Inzwischen geht die Fusionierung und Zusammenlegung des deutschen Kapitals in größtem Maßstabe vor sich. Nachdem einige D-Banken zur Verschmelzung gekommen sind, werden nun auch die beiden größten Konkurrenzunternehmen auf dem Gebiete der Schifffahrt Hapag-Hamburg und Lloyd-Bremen zu einer Fusion gelangen. Damit sind die beiden Riesenschiffahrtsunternehmen Deutschlands nicht nur in der Lage, ihre Betriebe noch stärker zu rationalisieren, sondern es wird auch auf allen Gebieten eine stärkere Machtentfaltung möglich sein. Noch läßt sich nicht übersehen, wie weit diese Fusion auf die Arbeitnehmerschaft, insbesondere auf unsere Kollegen in der Seeschifffahrt Einfluß gewinnt. Was hier aber für gewaltige Wirtschaftswerte in Frage kommen, mögen folgende kleine Zahlenreihen beweisen. Die Hapag-Hamburg arbeitet mit einem Kapital von 160 Millionen Mark. Ihre Seeschiffe stehen mit 279 Millionen Mark zu Buch. Ihre letzte Bilanz betrug 379 Millionen Mark und das Gesamterträgnis 6 Millionen Mark. Beim Bremer Lloyd beträgt die Bilanzsumme 429 Millionen Mark. Hier stehen die Seedampfer mit 239 Millionen Mark zu Buch und das Aktienkapital beträgt 165 Millionen Mark. Erträgnis des letzten Jahres war 52 Millionen Mark. Der Schiffsbestand des Lloyd beträgt 511 Fahrzeuge mit 942 000 Brutto-Registertonnen, während die Hapag 377 Schiffe mit 1 110 000 Brutto-Registertonnen aufweist. Diese Zahlen bedeuten eine so gewaltige Konzentration an Wirtschaftsmacht und Kapital, daß sie auch in der Arbeiterschaft Beachtung finden muß. Es bleibt die unbedingte Notwendigkeit, die Reihen zu schließen und die Organisationen so auszugestalten, daß sie bereit sind, den Kampf aufzunehmen, sobald die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Diese Vorbedingungen werden nicht geschaffen dadurch, daß man erst bei den Kämpfen auf die Hilfe der Unorganisierten rechnet, sondern daß alle Unorganisierten vorher überzeugt werden müssen von der Notwendigkeit, sich der Organisation anzuschließen! Das Märkte Mittel hierfür ist uns aber die Agitation von Mund zu Mund. Wir erwarten von unserer gesamten Kollegenschaft, daß sie in diesen Frühjahrsmonaten allüberall den Gedanken zum Ausdruck bringt: „Hinein in die Gewerkschaftsorganisation!“

E. D.

Die Entwicklung der Tariflöhne im Jahre 1929

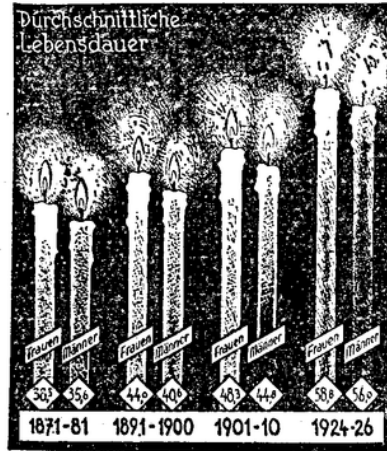
Die Bedeutung des Arbeitslohnes für das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes hat es notwendig gemacht, daß die amtlichen statistischen Behörden regelmäßig über die Höhe des Arbeitsverdienstes Zahlenmaterial veröffentlichen. Wie im Verlaufe dieser Darlegungen noch gezeigt werden wird, haften auch den vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Lohnstatistiken gewisse Mängel an, die in der Schwierigkeit der Materie begründet liegen, was jedoch nicht ausschließt, daß sie trotzdem zur Beurteilung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände von großem Wert sind. Dem Gewerkschafter sind sie es überdies in ganz besonders hohem Grade, denn für ihn stellen sie noch den Gradmesser gewerkschaftlicher Arbeit dar. — Im folgenden sind die tarifmäßigen Stunden- und Wochenlöhne dargestellt, wobei in jeder Berufsgruppe, wie auch bei der Gesamtarbeiterschaft, die Tariflöhne der höchsten tarifmäßigen Altersstufen einschließlich der sozialen Zulagen für die Ehefrau und zwei Kinder Verwendung gefunden haben. Die angegebenen Wochenlöhne sind errechnet, indem der durchschnittliche Tarifstundenlohn mit der Zahl der Wochenarbeitsstunden multipliziert worden ist. Der angegebene Wochenlohn bezieht sich also auf Vollarbeit. Er bietet deshalb für die Beurteilung der Arbeitsverhältnisse kein genaues Bild, da Kurzarbeit, Krankheit u. a. in Rechnung zu stellen sind, wenn der Wochenlohn in seiner absoluten Höhe betrachtet wird. Da aber die Fehlerquelle stets gleich bleibt, ist die Bewegung auch der Wochenverdienste ein verlässlicher Gradmesser dafür, in welcher Richtung sich die Einkommenfeuertwicklung vollzieht. Und nun zur Entwicklung der Tariflöhne. Wir finden sie für die beiden Gruppen „gelernte“ und „ungelernte Arbeiter“ in Tabelle 1 dargestellt. — Zur Errechnung der Löhne für 1913 sind teilweise Durchschnittsverdienste herangezogen worden, während für die späteren Jahre nur die Tariflohnsätze Verwendung gefunden haben, so daß auch hier die Vergleichbarkeit nicht ganz gegeben ist, da zwischen Tariflohn und tatsächlichem Verdienst vielfach Differenzen zugunsten des letzteren bestehen. Ebenso gelten für die Jahre 1925 und 1926 die Durch-

Stichtag	Tarifliche Stundenlöhne für		Lebenshaltungsindez
	Gelernte	Ungelernte	
1913	100	100	100
1925 April	124,7	147,1	136,7
1926 April	140,6	166,3	139,6
1927 April	145,5	173,3	146,4
1928 April	1: 1,0	181,0	150,7
1929 Januar	157,7	199,3	153,1
1929 April	158,4	200,3	153,3
1929 Juli	162,1	205,1	154,4
1929 Dezember	162,6	205,9	152,6

Tabelle 2

denn mit 40,8 Pf. Stundenlohn oder 23,84 Mk. Wochenverdienst bei voller Arbeit war auch in den Jahren vor dem Kriege kein üppiges Leben möglich. Vielfach wurden die Berufe der Ungelernten erft während der Nachkriegsjahre der Gewerkschaftsarbeit erschlossen. Die Löhne der gelernten Arbeiter lagen im Dezember 1929 um 62,6 Proz. über dem Vorkriegsstand, die der Ungelernten um 10,9 Proz., während die Teuerung, soweit sie durch den amtlichen Lebenshaltungsindez ausgewiesen wird, im gleichen Zeitraum um 52,6 Proz. gestiegen ist. Damit ist das Realeinkommen der Vorkriegszeit überschritten. Allerdings ist hier in Rechnung zu stellen, daß der Lebenshaltungsindez nicht mehr als ein getreues Spiegelbild der Teuerungsbewegung angesehen werden kann, was das Statistische Reichsamt durch die Tatsache, daß es neue Haushaltsberechnungen für notwendig hielt, selbst anerkennt. Auf die künftige Gestaltung der Lohnverhältnisse dürfte der Umstand, daß der Tariflohn schon stärker gestiegen ist als die Teuerung, ohne Einfluß sein. Denn es ist ja zur Genüge bekannt, daß die freien Gewerkschaften um Lohnerhöhungen kämpfen, weil von ihnen eine Kaufkraftstärkung mit ihr folgender Konjunkturbelebung zu erwarten ist. Die Kaufkraftstärkung kann aber nur dann eintreten, wenn der Lohn stärker steigt als der Warenpreis. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes betragen die Lohnsteigerungen

Lebensdauer und Volksgesundheit in Deutschland



Im Gesundheitshaus Berlin-Kreuzberg findet eine Ausstellung „Deutscher Lebenswille“ statt. Unser Bild zeigt eine interessante Darstellung der durchschnittlichen Lebensdauer der deutschen Bevölkerung.

Stichtag	Gelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter	
	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark	Stundenlohn Pfennig	Wochenlohn Mark
1913	68,8	36,14	40,8	23,84
1925 April	85,8	41,88	60,0	31,30
1926 April	96,7	47,14	68,1	35,14
1927 April	100,1	48,41	70,7	36,55
1928 April	103,9	50,35	77,1	38,38
1929 Januar	108,5	49,35	81,2	40,49
1929 April	109,0	52,80	81,7	40,74
1929 Juli	111,5	51,93	83,7	41,65
1929 Dezember	111,9	54,10	84,0	41,80

Tabelle 1

schnittsätze des April, während für die übrigen Jahre der Monatsanfang als Stichtag gewählt worden ist. Sehen wir von diesen eben erwähnten statistischen Unebenheiten ab, so geht aus vorstehendem Zahlenbild doch ganz deutlich hervor, daß sich das deutsche Lohnniveau während der letzten Jahre ständig nach oben entwickelt hat.

Nun sind wir gewöhnt, dabei stets die Teuerung mit in Betracht zu ziehen, da von ihr ja die Höhe des Reallohnes oder der Reallohnsteigerung in entscheidendem Maße bestimmt wird. Sehen wir die tarifmäßigen Stundenlöhne des Jahres 1913 gleich 100 und ziehen zum Vergleich die Steigerung der Lebenshaltungskosten heran, dann erhalten wir ein ungefähres Bild über die Kaufkraftentwicklung der Arbeitslöhne, wie Tabelle 2 zeigt.

Wie nachstehender Aufstellung zu entnehmen ist, sind die Löhne der ungelerten prozentual sehr viel schneller gestiegen als die der gelernten Arbeiter, was hauptsächlich dadurch zu erklären ist, daß der ungelerte Arbeiter in der Vorkriegszeit im Lohne sehr tief stand. Hier, also bei denen, die aus dem großen Heer der Arbeit am schlechtesten bezahlt wurden, mußte während der Nachkriegsjahre eine ganz intensive gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden,

im Jahre	der Gelernten	der Ungelernten
1927	8,6 Prozent	12,1 Prozent
1928	6,4 Prozent	8,0 Prozent
1929	3,1 Prozent	3,4 Prozent

Tabelle 3

Hieraus geht hervor, daß die Lohnsteigerungen im Jahre 1929 geringer waren als in den beiden Vorjahren, worin sich deutlich der Einfluß der schlechten Wirtschaftskonjunktur widerspiegelt. Dazu kommt noch, daß der Lohnleistungsstand nach der Inflationszeit nunmehr ausgeglichen ist und Lohnsteigerungen nicht mehr mühe-los auf die Warenpreise, die sich dem Weltmarktpreisniveau angeglichen haben, abgewälzt werden können. In künftigen Lohnkämpfen geht es daher in der Hauptsache um den Unternehmerprofit, weshalb sich die Kämpfe auch schwieriger und hartnäckiger gestalten werden.

Alles in allem ist zu sagen, daß auch im Jahre 1929 die Löhne trotz schlechter Wirtschaftskonjunktur in fast allen Branchen erhöht werden konnten. Diese Entwicklung ist besonders begrüßenswert, da im gleichen Jahre die Teuerung keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. Fiel doch der amtliche Lebenshaltungsindez von Januar bis Dezember sogar um einige Punkte, von 153,1 auf 152,6. Das sind zweifellos Erfolge, die die deutschen Gewerkschaften errungen haben, ohne daß noch gesagt zu werden braucht, daß sie zu gering sind im Vergleich zu dem, was sie fordern und die Wirtschaft auch tragen kann. Daß es 1930 noch besser werde, hat die Arbeiterbewegung selbst in der Hand, durch Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. F. D.

Betrachtungen eines Arbeiters zum Geburtenproblem

Wenngleich der Bericht über die Sachverständigenkonferenz in der „Sanitätswarte“ erschienen ist, erscheinen uns die nachfolgenden Ausführungen so interessant, daß wir sie unserer Gesamtkollegenchaft unterbreiten möchten.
D. Red.

Mit großem Interesse habe ich den Bericht in „Sani Nr. 3“ über die „Sachverständigenkonferenz zum Geburtenproblem“ in Berlin am 20. Januar d. J. verfolgt. Wenn ich auch teilweise mit den einzelnen Vorträgen einig gehe, so scheint mir aber, daß der wichtigste Teil des Problems unberührt blieb, nämlich: „Die Zukunft unserer Kinder“!! Wer garantiert für ihre Existenzmöglichkeit?! In dem Bericht ist eine derartige Aussprache nicht vermerkt und so möchte ich im folgenden näher darauf eingehen.

— Meine Gedanken konzentrieren sich auf: Hier heute annähernd 3 Millionen Arbeitslose, dort weitere Mechanisierung und Rationalisierung mit dem Endergebnis: weitere Arbeitskräfte entbehrlieh, arbeitslos — brotlos. Das verspricht: Trostlose Zukunft für unsere Jugend, für unsere Kinder. Darum Kampf gegen die Geburtenvermehrung. — Wenn Professor Grotjahn (Berlin) ausführte, daß in 10 bis 20 Jahren 2 Millionen Vollarbeiter ausfallen, so kann das nur im Interesse unserer Jugend sein. Was haben wir heute für ein Ueberangebot an jungen, tüchtigen Arbeitskräften? Wie wird heute eine Arbeitskraft vom Kapitalismus eingeschätzt? Ein krummer Tritt und der Betreffende fliegt auf die Straße — arbeitslos, brotlos. Deshalb muß ein Ausfall von Arbeitskräften kommen, wenn auch nicht gerade in obigem Maße. Die proletarische Arbeitskraft soll ge'ücht, geschätzt werden, damit der Kapitalismus weiß, daß das Arbeiterheer auch Menschen sind, die leben wollen und genau so Lebensberechtigung haben wie die materiell und finanziell Bessergestellten.

Die Besteuerung der Kinderlosen sowie der Junggesellen, die Professor Grotjahn vorschlägt, fehlt gerade noch zum § 218. Es mutet als indirekte Bestrafung dieser Menschen an, speziell des männlichen Geschlechts; wegen was? Neuer Begriff an Stelle für Abtreibung: „Kindererzeugungshintertreibung!“ Es fehlt dann nur noch Gefängnis- oder gar Zuchthausandrohung, dann kann diese „Besteuerung“ als weiterer Absatz im § 218 aufgenommen werden.

Die Ausführungen von Professor Sellheim (Leipzig) über „Muttertschuß“ sind anerkennenswert; aber mit diesem allein ist eben nur für den kürzesten Teil eines menschlichen Lebens gesorgt. Was soll später werden? Wo ist die Arbeitsgarantie?! Hier liegt der Hauptkern des ganzen Geburtenproblems und dieser wird eben immer wieder verkannt.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen: Was ist in unserer heutigen Zeit wichtiger, Geburtenvermehrung oder Geburtenregelung?!

Das Komitee für Geburtenregelung hielt vom 28. bis 30. Dezember 1928 in Berlin einen Ärztekursus ab über dieses spezielle Gebiet. Ueber die Geburtenregelung wurden dort eingehende Referate gehalten von ärztlichen Autoritäten auf diesem Gebiet; auch Rechtsvertreter beteiligten sich in Referat und Aussprache. Das Protokoll von dieser Tagung, bearbeitet von Dr. Kurt Bendig, Berlin, gibt die Vorträge und Diskussion ausführlich wieder, und ich möchte nicht verfehlen, dieses Protokoll dem nergewählten Sachverständigenausschuß dringend zum Studium zu empfehlen (zu beziehen durch die Verlagsanstalt „Courier“ G. m. b. H. des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4).

Sollten wir jedoch einer Geburtenvermehrung auch nur teilweise zustimmen, wo sind dann aber die notwendigen Wohnräume für eine kinderreiche Familie?!

Wie heute Familien in Wohnräumen untergebracht sind, zeigt folgende Statistik allzu deutlich:

In Berlin-Pankow wurden 1926 die Schlafverhältnisse der Volksschüler kontrolliert. Es schliefen in einem einzigen Wohnraum:

2 Personen in 128 Fällen	7 Personen in 52 Fällen
3 " " 1134 "	8 " " 29 "
4 " " 1067 "	9 " " 7 "
5 " " 505 "	10 " " 6 "
6 " " 212 "	11 " " 38 "

Nach einem im Herbst 1926 veröffentlichten Bericht der westfälischen Stadtgemeinde Buer waren gezwungen Tag und Nacht in einem Wohnraum zu hausen: je 5 Personen in 6336 Fällen, 6 Personen in 5391 Fällen, 7 Personen in 4031 Fällen, 8 Personen in 2922 Fällen, 9 Personen in 1837 Fällen, 10 Personen in 2390 Fällen. So und ähnlich sieht es heute noch im ganzen Deutschen Reich aus. Diese Tatsachen sind ein Beweis dessen, daß der Kinderreiche unter der herrschenden Gesellschaftsordnung für seinen Kinderreichtum noch gestraft wird. Nicht nur, daß er infolge des relativ viel geringeren Einkommens in der Wohnungsbeschaffung beschränkter ist als der Kinderarme, er wird auch noch schikaniert, weil ihm (wegen seiner Kinder) „niemand haben will“, genau wie er vor dem Krieg mit einer Mietsteigerung von 10 bis 50 Proz. bedroht wurde. — Bei einem Einkommen von 35 bis 40 Mk. in der Woche verglichen mit dem Bestand des Lebenshaltungsindex von über 150 Proz. hat eine zweiköpfige Familie zu tun, wenn sie sich ehrlich und redlich durch das ganze Jahr durchschlagen will. Dabei darf sie aber keine der Zwangswirtschaft nicht unterworfenen Wohnung haben, die vielleicht mit 60 bis 70 Mk. Monatsmiete zu bezahlen ist. — An die Zurücklegung eines Notgroschens für das Alter kann bei unseren heutigen Verhältnissen kaum mehr gedacht werden. Die Folgen dieser Verhältnisse spiegeln sich in der steigenden Zahl der Abtreibungen wider. Das einzige, was uns da gegeben erscheint, ist die ärztliche Geburtenregelung, d. h. „Unterbrechung jeder ungewollten Schwangerschaft“.



Um so mehr müssen wir an dem festhalten, wenn man immer wieder versucht, die Rechte des einzelnen Menschen am eigenen Körper durch gesetzliche Maßnahmen zu unterbinden, wie sie durch die Paragraphen 218 bis 220 RStG. festgehalten werden. Man sollte es ja in einem „Kulturstaat“ mit so „hoher Gesellschaftsordnung“ nicht für möglich halten, daß man einem Menschen das Verfügungrecht über sich selbst nimmt! Aber in unserem „lieben“ Vaterlande kann man vom alten Zopf nicht lassen. Man hat nichts gelernt.

Eine Bemerkung von Professor Wolf ist sehr bedeutend und wichtig. Er betonte, daß seit Freigabe der Abtreibung in Rußland eine Geburtenvermehrung eingetreten sei, und daß 30 Proz. Pfluchaborte 3 Millionen sterile Frauen bedeuten. Hier zu studieren wäre für den Sachverständigenausschuß zum Geburtenproblem wichtiger, als sich mit Aufgaben zu befassen, die den Arbeitermassen nur eine dunkle Zukunft bringen — Arbeitslosigkeit und nachmalige Arbeitslosigkeit!

„Arbeitslos!“, welch einfaches Wörtchen. Aber was liegt darin: Not, Sorgen, Hunger, Elend. Welche Gesetzesübertretungen hat dies bescheidene Wörtlein „Arbeitslos“ schon gebracht: Einbruch, Raub, Totschlag, Mord! Durch Not und Hunger getrieben, wurde schon manche Familie für ihr ganzes Leben ruiniert.

Maschinen und Fließbänder, das Rationalisierungssystem unserer Industrie von heute und erst recht in der Zukunft verspricht uns keine Existenzmöglichkeit für das heutige Arbeiterheer, viel weniger für das der Zukunft. Darum kann keine Rede davon sein, daß eine Geburtenvermehrung eintreten darf um das vorhandene Elend noch zu vermehren. Richtiger wäre, daß sich ein Komitee gegen die Geburtenvermehrung bilden würde, dessen Hauptaufgabe in der Beseitigung der Paragraphen 218 bis 220 des StGB. liegt.

Durch die Taktik einer programmäßigen Geburtenvermehrung wird ein Grundübel systematisch gefördert. Das Wohnungsbauprogramm von Reich, Ländern und Gemeinden müßte eingeschränkt, ja, eingestellt werden, damit das notwendige Geld zum Bau von Zuchthäusern und Irrenanstalten vorhanden wäre. So sieht ein kurzichtiges Geburtenproblem aus!

Nur genügend Arbeit mit begrenzter Arbeitszeit und angemessenem Verdienst, das jedem Staatsbürger (dazu zählen sich auch die Proletarier) ein ehrliches Fortkommen in seinem Leben ermöglicht, rettet die „deutsche Zukunft“!

Artikel 165 der deutschen Reichsverfassung muß erfüllt werden, dann ist die Zukunft des deutschen Arbeitsvolkes gesichert.

Deshalb schafft Arbeit, schafft die Existenzmöglichkeit der Arbeitermassen, des Proletariats!
Gottlob Walz.

Hamburg

Rund um die Hansestadt!



Hamburg! — Wen packt bei dem Klang dieses Wortes nicht die Sehnsucht, die Metropole des Handels, ihre blutvolle Lebendigkeit und das seltsame Sprachengewirr, dies Sprungbrett von der alten zur neuen Welt kennenzulernen? — Im Hamburg, der größten Ausfallspforte Deutschlands nach Uebersee spiegelt sich am besten der Auf- und Niedergang unseres Wirtschaftslebens wieder. Hier ist Deutschlands Pulsschlag, an dem Gesundheit und Krise am deutlichsten zu spüren ist.

Hammaburg, wie die etwa ums Jahr 800 gegen die Slawen errichtete Befestigung hieß, ist heute die zweitgrößte Stadt Deutschlands mit dem größten Seehafen. Auf einem Raum von über

415 Quadratkilometer wohnen hier rund 1.150.000 Menschen. Die Stadt liegt nördlich der Elbe und ist durch die Außen- und Binnen-Alster in eine westliche und eine östliche Hälfte getrennt. Den Süden nehmen die ausgedehnten Hafenanlagen ein. Vom Hauptbahnhof führt die Mönckebergstraße zum Rathaus und zur Börse, dem Mittelpunkt des hamburgischen Lebens, umgeben von den Hauptverkehrsstraßen, Alsterdamm und alter und neuer Jungfernstieg. Interessant ist die Verwaltungsorganisation der Hansestadt. An der Spitze steht als Gemeinde- und Staatsparlament zugleich die 160 Abgeordnete umfassende „Bürgerschaft“, die auf 3 Jahre gewählt wird und sich durch einen Mehrheitsbeschluss selbst auflösen kann. Sie wählt ihren Vorstand, der aus dem Präsidenten, 2 Vizepräsidenten und 4 Schriftführern besteht. Die Bürgerschaft wählt auch den Bürgerausschuß, der sich aus dem Präsidenten der Bürgerschaft als Vorsitzenden und 20 nach dem Stärkeverhältnis der Parteien gewählten Bürgerschaftsmitgliedern zusammensetzt. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, über die Einhaltung der Verfassung und die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung zu wachen. Die Regierung wird durch den Senat gebildet, der zurzeit 16 Mitglieder umfaßt, die von der Bürgerschaft gewählt werden. Aus der Mitte des Senats wird der 1. und 2. Bürgermeister bestimmt. Gesetzesvorlagen werden vom Senat oder aus der Mitte der Bürgerschaft eingebracht und zweimal beraten, wenn nicht in der ersten Lesung schon eine Zweidrittelmehrheit erreicht wird. — Das Gebiet um Hamburg ist in vier Landherrenschaften eingeteilt, die eine Reihe von Dörfern umfassen und deren Landesversammlungen in Cuxhaven stattfinden.

Der Senat, der Stadtmagistrat und Landesregierung in einem ist, hat zur Bearbeitung der verschiedenen Gebiete bestimmte Abteilungen eingerichtet, an deren Spitze je ein Senator als Ressortchef steht. Hamburgs Geschichte in ihrer Gesamtheit werden zurzeit von dem Sozialdemokraten Roß geleitet, dessen Vorgänger der Demokrat Petersen war.

Eine der wichtigsten Einrichtungen für die Arbeitnehmerschaft Hamburgs ist der Arbeiterrat. Mit ihm wurde eine Stelle für die Gesamtarbeiterschaft geschaffen, die den Bezirksarbeiterräten der Reichsverfassung — Artikel 165 — entspricht und die die andern Länder noch nicht verwirklicht haben. Daneben besteht noch der Beamtenrat und die Konsumentenkommission. Die wirtschaftlichen Vertretungen sind zusammengesetzt im Wirtschaftsrat, der Handels-, Gewerbe-, Detaillisten-, Konsumentenkommission und Arbeiterrat in sich vereinigt.

Gerade die Möglichkeit der Einrichtung des Arbeiterrats zeigt uns, daß die Hamburger Arbeiterschaft immer auf der Höhe war. Hier ist historischer Boden der deutschen Arbeiterbewegung und Namen wie York, Dahlkeich, Bebel, Legien, Elm und andere sind aufs engste mit Hamburgs

schaffendem Volk verbunden. Neben Berlin und Leipzig war hier schon frühe ein Zentrum der Arbeiterbewegung. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes fanden sich in Hamburg die Tischler, Böttcher, Zimmerer, Schiffszimmerer, Korbmacher, Drechsler und Töpfer in Organisationen zusammen, auf die die Häcker der Sozialdemokratie feindlichen Bismarck-Regierung ein scharfes Auge hatten.

Als nach dem zweiten Entwurf zum Sozialistengesetz die Annahme desselben nicht mehr zweifelhaft sein konnte, fand in Hamburg am 13. Oktober 1878 eine Konferenz der Sozialdemokraten statt, um vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Die Beschlüsse dieser Versammlung wurden dem Berliner Polizeipräsidenten verraten. — Die fortgesetzten Angriffe während des Sozialistengesetzes brachten der Hamburger Parteipresse eine Wandlung von der Hamburg-Altonaer Volkszeitung zur Gerichts-, dann zur Bürger-Zeitung und schließlich zum „Hamburger Echo“.

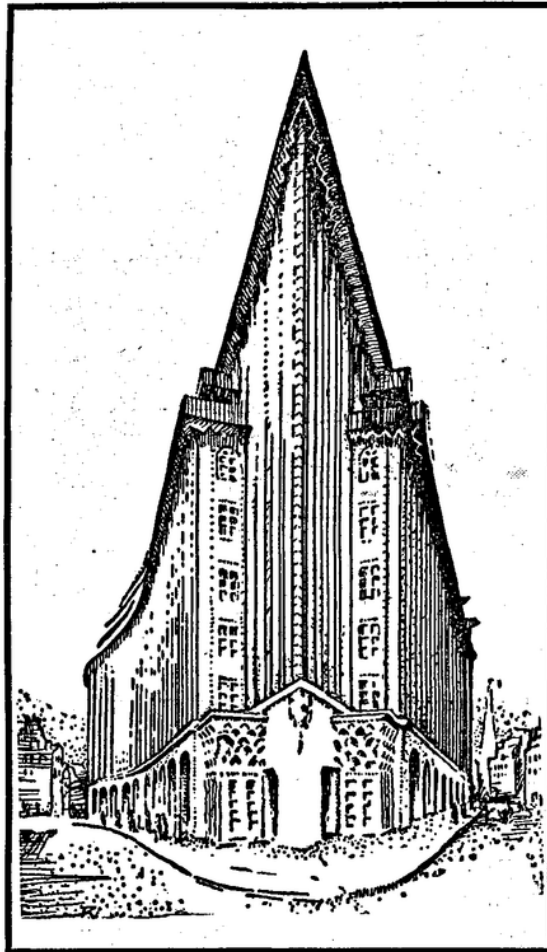
Wie schon oben angedeutet, zeigten sich in Hamburg schon früh Ansätze zu einer gewerkschaftlichen Bewegung. Besonders hervorgeraten haben sich da die Arbeitnehmer der städtischen und staatlichen Betriebe. Nachdem es in Bremen 1890 gelungen war, den ersten achtstündigen Arbeitstag in Deutschland für die Gasarbeiter einzuführen, schlossen sich im gleichen Jahr auch die Hamburger Gasarbeiter zu einer Organisation zusammen, die jedoch nach ungefähr einjähriger Existenz fast gänzlich zusammenbrach. Im Jahr 1897 vereinigten sich die Hamburger Kollegen mit dem „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohlenplätzen und sonstiger Arbeitsleute“. Daneben wurde 1898 noch der „Verein der Arbeiter und Hilfsarbeiter der Hamburger Stadtwasserkunst“ gegründet, neben dem auch noch ein „Verein der Erd- und Steinarbeiter Hamburgs“ bestand, der sich 1901 auch mit dem Vorläufer des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter verschmolz. Die umsichtige Tätigkeit des Kollegen H. Bürger im Verein mit dem Kollegen Schönberg brachte die Hamburger Filiale bald zu Ansehen und in mancherlei Kämpfen gelang es, eine Besserstellung der Arbeitnehmer durchzusetzen. Bei der Verschmelzung mit dem Verkehrsbund am 1. Januar 1930 zählte die Hamburger Filiale über 26.000 Mitglieder und die im Gesamt-Verband heute zusammengeschlossene wohldisziplinierte Masse von mehr als 70.000 Arbeitern, Angestellten und Beamten ist unter Führung der Kollegen Jhle und Gaack wohl in der Lage, mit Erfolg für die wirtschaftliche und soziale Besserstellung ihrer Mitglieder zu kämpfen.

Als besondere Anerkennung der gewerkschaftlichen Geschlossenheit der Arbeiter Hamburgs ist es anzusprechen, daß der ADGB 1908 und 1928 in Hamburgs Mauern Kongresse abhielt.

Die Not der Kriegs- und Nachkriegsjahre zwang auch Hamburg, in städtebaulicher Hinsicht andere Wege zu gehen, und es entstanden Großsiedlungen, Gartenstädte, öffentliche Bauten monumentaler Natur und private Gebäude wie der Sprinkenhof, das Chilehaus (das wir auch im Bild zeigen) und andere.

In engster Beziehung zu der Wohnfrage steht das Problem der Grünfragen, die Schaffung einer genügenden Anzahl von Frei- und Erholungsflächen, die in Hamburg schon eine ganze Anzahl vorbildlicher Anlagen entstehen ließen.

So rundet sich das wirtschaftliche, politische und gewerkschaftliche Leben Hamburgs ab zu einem Gesamtbild, das im Schoß des Zeitgeschehens den gesunden Glauben an die Zukunft der Arbeiterbewegung täglich und stündlich erneuert. Fröh.



Hamburg — Chilehaus

Im Hamburger Hafen

Denkt man an Hamburg, so steigen hohe Masten auf, sieht man Indien und den uferlosen Ozean. Man denkt an Ozeanriesen und gewaltige Hafenanlagen, an ein Heer rastloser Arbeiter, die die Güter der Welt ausladen und für alle Welt neue Güter in die Schiffe einladen. Hamburg ist allen Deutschen in erster Linie Seehafenstadt und so überwältigend ist dieser Eindruck, daß darüber ganz vergessen wird, daß Hamburg auch eine große Industrie- und Hafenstadt ist.

Hamburg zählt rund 7700 Industriebetriebe mit 135 000 Arbeitern. Aber selbst die Industrie ist zum großen Teil mit dem Hafen eng verbunden. Zwar sind im Hafengebiet nur 318 Industriebetriebe angesiedelt, aber sie bedecken einen Raum von 3,8 Millionen Quadratmeter und beschäftigten 1925 rund 35 000 Arbeiter. Ein großer Teil der übrigen Industrie ist durch Wasserstraßen oder Industriebahnen mit dem Hafen verbunden. So wird der Hafen tatsächlich zur Lebensader Hamburgs. Der Schiffsahrt dient auch Hamburgs größte Industrie, der Schiffbau mit den verwandten Gewerben. Diese Industrie umfaßt 90 Betriebe mit über zwei Millionen Quadratmeter Betriebsfläche und beschäftigt rund 20 000 Arbeiter. Gut zwei Drittel dieser Arbeiterzahl sind in den drei Großbetrieben untergebracht. Die Werften sind fast die einzigen Industriebetriebe an seeschifftiefem Wasser. Die ganze Wasserfläche dient im übrigen der Schiffsahrt und dem Hafenbetrieb. Der Hamburger Hafen hat eine größte Länge von 14,6 Kilometer und eine größte Breite von 3,5 Kilometer. Das Hafengebiet umfaßt 40,5 Millionen Quadratmeter, wovon 13,5 Millionen auf das Freihafengebiet kommen. Die Wasserfläche ist insgesamt 16,6 Millionen Quadratmeter groß, die Freihafenwasserfläche 7,4 Millionen. Von 169 Kilometer Uferstrecken liegen etwa 81 Kilometer im Freihafen. Die Länge der ausgebauten Kai-strecken beträgt 48,8 Kilometer. Davon liegen am seeschifftiefen Wasser 33,1 Kilometer. Die Länge der Liegeplätze an den Pfahlgruppen (Duckbalben) beträgt 70 Kilometer, davon 31,5 Kilometer im seeschifftiefen Wasser.

Hamburg hat 96 Kaischuppen mit einer Länge von 19 Kilometer; sie bedecken eine Fläche von nahezu 700 000 Quadratmeter. Da der Freihafen den Kaufleuten die Möglichkeit des zollfreien Einlagerns bietet, ist es kein Wunder, daß neben der Kaischuppenfläche von 700 000, ein überdachter Speicherraum von 800 000 Quadratmeter besteht.

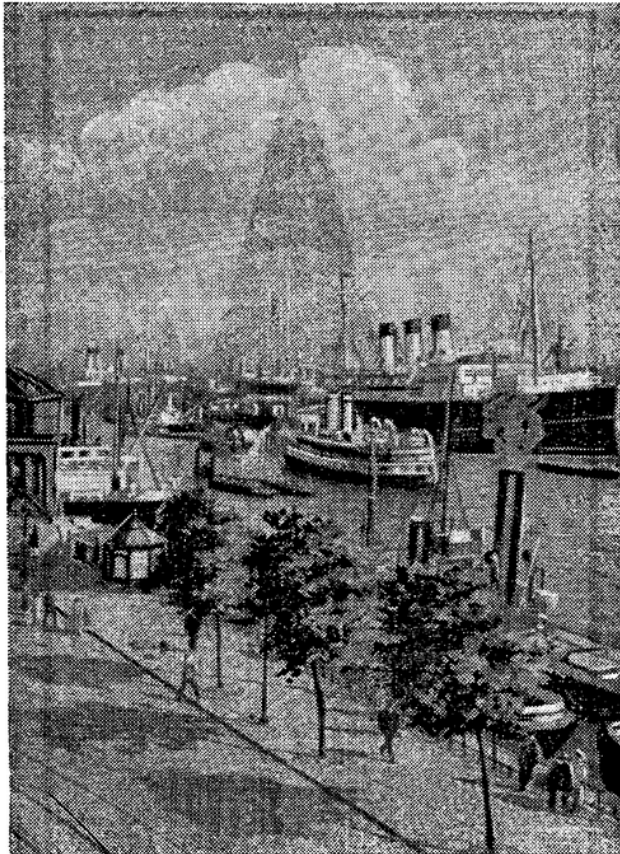
Im Jahr 1927 liefen Hamburg 16 011 Schiffe mit 19,6 Millionen Nettoregister-tonnen an und 20 088 Schiffe mit 20 Millionen Nettoregister-tonnen verließen den Hafen. Der Umschlag aus Seeschiffen und umgekehrt betrug 25 125 000 Nettogewichtstonnen. An dem An- und Abtransport der Güter war die Eisenbahn mit 55 (1913 = 40) Proz., die Binnenschifffahrt mit 45 (1913 = 60) Proz. beteiligt. Hamburg hat 366 Kilometer Hafengleise. Dem Wassertransport dienen 5664 Schuten und Leichtere mit zusammen gut einer halben Million Tonnen Tragfähigkeit, 421 Hafenschlepper, 914 Barkassen, 6617 Flußkähne mit über 1 Million Tonnen Tragfähigkeit sowie 1508 Flußschlepper und Eilschiffe. Außerdem sind in Hamburg rund 50 Proz. der deutschen Seeschiffstonnage beheimatet.

Das ist das Arbeitsgebiet, auf dem sich 20 000 bis 25 000 Hafnarbeiter tummeln — oder auf Arbeit warten. Denn die Millionen Tonnen, die im Hamburger Hafen alljährlich umgeschlagen werden, die schreien nicht nur nach „Händen“, sondern auch nach Maschinen. Und wie überall tritt auch hier die Maschine nicht nur als unerlässliche Hilfskraft, sondern auch als Konkurrent der Arbeiter auf. Nahezu 2000 Hebezeuge stehen für den Güter-

umschlag zur Verfügung — vom kleinsten bis zum 150-Tonnen-Kran. Die Werft von Blohm u. Voß verfügt über einen Hammer-Wippkran von 250 Tonnen Tragfähigkeit, die Dulkan-Werft über einen landfesten Kran von 200 Tonnen Tragfähigkeit und einen Schwimmkran von 150 Tonnen Tragfähigkeit. Im weiteren verfügt der Hafen über 123 schwimmende Dampfwinden, 24 Schwimmkräne (bis zu 100 Tonnen Tragfähigkeit), 8 Schwimmgreifer, 6 Kohlenheber und 22 Getreideheber.

Die Intensität des Umschlagbetriebs ist durch Steigerung der Tragfähigkeit der Kräne durch Vereinigung von 2, ja 3 Kranhaken in einem Krangerüst und durch Einführung des Wippkrans „bei den modernsten Anlagen auf das höchste praktisch erreichbare

Maß erhöht“ („Der Hafen von Hamburg“ 1927). In diesem Werk heißt es weiter: „Das Betriebs-tempo der Kräne ist auf die Transportarbeit im Schuppen so sorgfältig abgestimmt, daß eins das andere ständig antreibt und alle Arbeitspausen soweit vermieden werden, wie es die wechselnde Betriebslage am Kai nur irgend zuläßt. So konnten die Arbeitsleistungen, gemessen in umgeschlagenen Tonnen, je Mann und Stunde, stetig gesteigert werden.“ Hamburg hatte den ersten elektrisch betriebenen Hafenkran, den ersten Doppel- und später den ersten Dreifachkran. Hamburg hat in Europa auch als erste Hafenstadt den Elektrokran in den Kaidienst gestellt. Denn nicht das „Betriebstempo der Kräne wurde auf die Transportarbeit im Schuppen abgestellt“, sondern das Tempo der Arbeit und der Arbeiter. An anderer Stelle des zitierten amtlichen Werks wird dann auch zugegeben, daß die bessere Kranausrüstung keinen Zweck gehabt hätte, „wenn nicht in gleicher Weise die Betriebsmittel im Innern der Kaischuppen vervollkommen wären“. Der Elektrokran steigerte die Leistung der Hand auf mehr als das Doppelte. — Wie die Arbeit



Blick vom Hochbahnhof „Landungsbrücken“ auf den Hamburger Hafen

am Kai, so ist natürlich die gesamte Arbeit im Hafen rationalisiert. Im Februar 1897 streikten noch 13 231 Hafnarbeiter, die Gruppen Schauerleute, Ewerführer, Kohlenarbeiter, Schiffsreiniger, Katarbeiter, Getreidearbeiter und Speicherarbeiter: die eingehende Tonnage betrug 1896 rund 6½ Millionen Tonnen. Im Jahr 1912 zählten dieselben Gruppen 18 636 Angehörige: der Verkehr war auf 13½ Millionen Tonnen angewachsen. Im Jahre 1928 war die Personenzahl auf 19 976, die einkommende Tonnage auf 21,3 Millionen Tonnen gestiegen. Segen wir für 1897 die Zahl 100 ein, so stieg der Verkehr 1912 auf 204 und 1928 auf 315; die Zahl der registrierten Arbeiter stieg 1912 auf 141 und 1928 auf rund 150.

Die Hafengemeinschaft, die Hamburg und Preußen abschlossen, dehnt jetzt den Hafen aus nach Altona, Wilhelmshafen und Harburg. Im Verfolg dieser Rationalisierung unterhalten sich die Kontrahenten über die Reorganisation der Fischereihäfen. Wahrscheinlich wird dabei Hamburgs Fischmarkt mit dem Altonaer verschmolzen werden. Um so stärker wird das Interesse an den zweiten Hamburger Fischmarkt, Cuxhaven, wachsen. Dieser Platz hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt. Der Verkehr, besonders der Fischereifahrzeuge, nahm einen derartigen Umfang an, daß die seemannische Besatzung oft keine Unterkunft fand. Der ehemalige Deutsche Verkehrsband baute deshalb für diese Leute eine „Heimstätte“, wo Janmat für billiges Geld eine menschenwürdige Statt findet.

Hamburg verdankt seine Entwicklung seiner glücklichen Lage und seinen Arbeitern. Hoffentlich wird Hamburg das nie vergessen.
C. Lindow.

Ein Gang durch Hamburg

Die Schönheit Hamburgs erschöpft sich nicht in seinem Hafen. Auch die Stadt, die City mit dem Alsterbild, einem Wasserbecken mitten im Herzen der Stadt, strahlt eine Schönheit aus, wie sie andere Städte selten zu verzeichnen haben. Die Umgebung Hamburgs mit den malerischen Elbvororten, teilweise am Hange des Geestrückens gelagert, bieten Szenen solcher Schönheit, daß man sich immer wieder zu ihnen hingezogen fühlt. Und wer kennt nicht Hagenbecks Tierpark, jenen Park, der allen Tierparks der Erde ein Vorbild ist. Hamburg hat den schönsten Friedhof der Erde, den Ohlsdorfer Friedhof, aufzuweisen. Wen lockt nicht die See und damit im Zusammenhang eine Fahrt nach dem romantischen Felsenland Helgoland. — Aber neben all diesen Schönheiten weist das eigentliche Stadtgebilde die großen wirtschaftlichen Schöpfungen der großhamburgischen Arbeiterschaft auf. Das Gewerkschaftshaus, das im Jahre 1906 von August Bebel eingeweiht und von diesem als „Die Waffenschmiede“ der hamburgischen Arbeiterschaft genannt wurde, stellt eines der schönsten Volkshäuser Deutschlands dar. Desgleichen die 1926 erbaute Heimstätte des A O G B., die mit einem Hotelbetrieb verbunden ist, der alle technischen Errungenschaften aufweist. Eine Schöpfung von überragendem Inhalt ist auch die gemeinnützige Kleinwohnungsbau-Gesellschaft, eine Gründung der freien Gewerkschaften. Die Zahl der erstellten Wohnungen durch diese Organisation geht in die Tausende. Hamburg hat auch den größten Konsumverein, die „Produktion“, ein Riesenunternehmen, das vor 30 Jahren aus

kleinsten Anfängen heraus durch die Gewerkschaften gegründet wurde und heute für seine über 120 000 Mitglieder rund 530 Läden zählt. Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird in den 20 Eigenbetrieben hergestellt. Die „Produktion“ beschäftigt über 4500 Menschen und verwaltet in der eigenen Sparkasse etwa 45 000 000 Mk.

Hamburg ist auch der Sitz der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine („GEG.“), die 1894 gegründet wurde und sich inzwischen zu einem der größten Handels- und Industrieunternehmen Deutschlands entwickelt hat. Das Stammkapital beträgt zurzeit 15 Millionen Mark. Die „GEG.“ beschäftigt heute fast 7000 Personen in ihren 12 Lagerhäusern und 40 Fabriken, die auf das Reich verteilt sind. Eine der größten Fleischwarenfabriken des Kontinents ist in ihrem Besitz. — Man kann alle die Organisationen und Körperschaften, die dem Wohle der Hamburger Arbeiterschaft und darüber hinaus dienen, nicht erschöpfend aufzählen. Aber der mächtige Geist, den diese Bewegung ausstrahlt, ist es, der die Besucher aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft



unter Seemannshaus in Cuxhaven

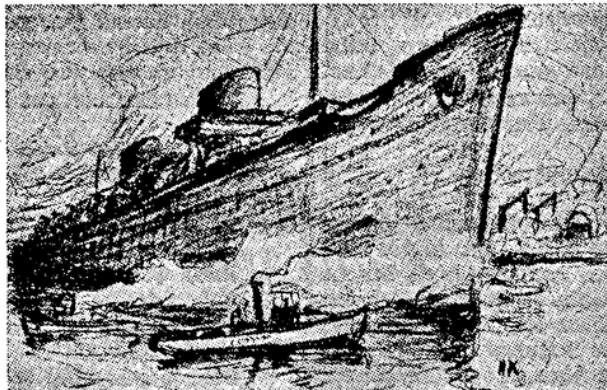
so besonders bei ihrem Verweilen in Hamburgs Mauern berührt. Er ist es, der ihnen das Verständnis für diese nordische Stadt an der Elbe Auen, die schicksalhaft mit Strom und Meer verbunden ist, erschließt.

Wer einmal Hamburg kennenlernen will, sei es in Gesellschaft oder allein, dem steht der Gemeinnützige Verkehrsverein Groß-Hamburg e. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14, als Führer gern zur Seite. Es ist deshalb zweckmäßig, sich vorher mit diesem Verkehrsverein in Verbindung zu setzen.

Das schnellste Schiff der Welt

Die „Europa“, das Schwesterschiff der „Bremen“, hat das „Blaue Band“ errungen. Der riesige Koloss mit einem Rauminhalt von 51 000 Brutto-Registertonnen, einer Länge von 285 Meter und einer Breite von über 30 Meter wurde in 4 Tagen 17 Stunden über den Atlantischen Ozean gejagt. Es wird sicher unsere Leser interessieren, einiges von dieser schwimmenden Stadt zu erfahren, die mit der Besatzung über 3000 Menschen aufnehmen kann. — Es versteht sich, daß die Einrichtungen der 1. und 2. Klasse luxuriös ausgestattet sind. Eine große Halle für 300 Passagiere der 1. Klasse ist in ihrer architektonischen Ausgestaltung einzigartig. Sie ist unterbrochen in dem großen, zusammenhängenden Eckhaus, das von dem weitergeschützten Promenadendeck in einer Länge von 358 Meter geschlossen wird. Neben dem Ballsaal, der gleichzeitig für die täglichen Filmvorführungen eingerichtet ist, ist eine große Halle vorhanden, die einen Kunstsalon, eine Ausstellung wertvoller verkäuflicher Erzeugnisse der deutschen Werkkunst, Bibliothek und Schreibzimmer enthält. Drei Speisesäle und ein Kinderjaal sind vorhanden. Erwähnenswert ist der Filmschießstand, auf dem beliebig viele Schützen zu gleicher Zeit nach lebenden Zielen schießen können. Neben den großartig eingerichteten Sälen und Gesellschaftsräumen verdient noch die Schwimmhalle der 1. Klasse besondere Erwähnung; das Becken ist 11 Meter lang, 6 Meter breit und mit grünlichen Kunstglasurplatten bekleidet. Die Rückwand des in der Mitte der vorderen Querwand befindlichen keramischen

Brunnens ist in Glasmosaik ausgeführt. — Neben den Aufenthaltsräumen und dem Hauptpromenadendeck spielt das sogenannte Bootsdeck eine wichtige Rolle. Auf ihm sind die unsinkbaren Rettungsboote untergebracht, die je 145 Personen fassen und Motorantrieb haben. Besonderer Wert wurde auf die Einrichtung der Feuermeldeanlagen und Funkeinrichtung gelegt. Eine eigene Bordzeitung in deutscher und englischer Sprache wird herausgegeben. — Wenn man diese gigantische Stadt betrachtet, darf man nicht vorübergehen an den großen maschinellen Einrichtungen, die zur Inangahaltung des ganzen Betriebes erforderlich sind. Da sind die wichtigsten Maschinen und Kesselanlagen, die der Fortbewegung des Kolosses dienen. Die Säle sind wegen der Kollisionsgefahr in zwei Hauptgruppen geteilt, in denen sieben wasserdichte Räume untergebracht sind. Die Geschwindigkeit des Schiffes wird durch vier große Betrieb-Turbinen-Aggregate erzeugt. Für Reparaturen sind die verschiedensten Werkstätten an Bord. Verschiedene Diesel-Dynamos neuester Bauart erzeugen eine Kilowattleistung für Licht und Kraft, wie die Anlagen der Städte Lübeck oder Heidelberg. Außerdem dienen sie der Bewegung von reichlich 3 Millionen Kilowattmeter Luft, die stündlich für die weitverzweigten Funkanlagen erforderlich sind. — Man kann dieses gigantische Werk und seine Leistung nicht würdigen, ohne der Tausenden von Arbeitern zu gedenken, die ihre beste Kraft und ihr ganzes Können hergaben, um dieses Wunderwerk der Technik zu vollbringen.



Kampf um's Brot

Die Not der amerikanischen Arbeiter zwingt in Chicago die Eisenbahner zum Streik. Bert, Tom, Billy und ihre Frauen diskutieren über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Das regt die schüchternere Frau Billys, Sazon, zum Denken an und bringt sie auch in ein Gespräch mit der alten Mercedes, die den Kampf der Arbeiter als einen Kampf um einen Knochen bezeichnet. Kurz darauf entwickelt sich vor dem Hause Sazons ein Streit zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, in dessen Verlauf Bert tödlich und der Anführer der Streikbrecher durch drei Revolverkugeln verwundet wird. Als Folge des Schreckens hat Sazon eine Frühgeburt. Das Kind kommt tot zur Welt. Die Vorgänge wandeln Billy in seiner Ansicht, und er kann nur schwer verbergen, daß er ebenso wie die Streikenden denkt.

VI.

„Ist er verheiratet?“

„Seine Frau habe ich nie gesehen, aber er hat einen Sohn, Jack, der Lokomotivführer ist. Ich habe ihn einmal kennengelernt — er ist ein tüchtiger Boxer. Und er hat noch einen Sohn, der Lehrer an der Hochschule ist. Er heißt Paul. Ich kannte ihn, als wir beide kleine Burschen waren.“

Sazon lehnte sich in dem großen Sessel zurück, um sich auszuruhen und nachzudenken. Das Problem war verwickelter als je. Der ältliche, dickbäuchige, glasköpfige Mann hatte also auch Frau und Kinder. Und Frank Davis, der kaum ein Jahr verheiratet war, hatte einen kleinen Jungen. Vielleicht hatte der Streikbrecher, den er in den Bauch schoß, auch Frau und Kinder. Es war, als wären sie Mitglieder einer großen Familie, und doch hämmerten sie aufeinander los und töteten einander um ihrer Familien willen. Sie hatte gesehen, wie Chester Johnson einen Streikbrecher erschlug, und jetzt sollte Chester Johnson gehängt werden, Chester Johnson, der Mann Kitty Bradys, mit der sie vor mehreren Jahren zusammen in der Kartonnagenfabrik gearbeitet hatte.

Sazon wartete vergebens, daß Billy seine Mißbilligung über die Ermordung der Streikbrecher aussprechen sollte.

„Es war nun doch falsch“, sagte sie schließlich vorsichtig.

„Sie haben Bert getötet“, antwortete er, „und eine Menge anderer. Und Frank Davis. Wußtest du, daß er tot war? Ihm wurde der ganze Unterkiefer weggeschossen — er starb im Krankenwagen, ehe sie ihn ins Hospital geschafft hatten.“

„Aber es war ihr eigener Fehler“, fuhr sie fort. „Sie haben angefangen. Es war Mord.“

Billy antwortete nicht, aber sie hörte ihn etwas vor sich hinhurmeln. Sie wußte, daß er sagte: „Das verfluchte Pack“, als sie aber fragte: „Was sagst du?“ antwortete er nicht. Sein Blick war finster. Die Linien um seinen Mund waren hart geworden, und sein Ausdruck war zornig und streng.

Ihr war es wie ein Stich ins Herz. War er denn auch wie alle andern? War auch er ein wildes Tier, einer der Hunde, die ihren erbitterten Kampf um den Knochen kämpften?

Sie seufzte. Das Leben war ein seltsames Rätsel. Vielleicht hatte Mercedes Higgins recht, wenn sie das ganze Dasein brutal über einen Kamm schor.

„Nun wenn schon?“ sagte Billy mit einem harten Lachen, wie als Antwort auf ihre unausgesprochenen Gedanken. „Ein Hund frisst den andern — so ist es immer gewesen.“

„Aber die Arbeiter können auf diese Art nicht siegen, Billy! Du sagst selbst, daß sie sich jede Gewinnchance verdoeben haben.“

„Nein, das können sie wohl nicht“, gab er widerstrebend zu. „Aber ich sehe keine andere Möglichkeit. Das nächste Mal sind wir an der Reihe.“

„Doch nicht die Fuhrleute?“ rief sie erschrocken.

Er nickte finster.

„Die Chefs machen Ausfälle rechts und links und schlagen einen mächtigen Lärm. Sie sagen, sie wollen uns in die Knie zwingen, bis wir angekröchen kommen und um Arbeit betteln. Seit der Prügelei neulich tun sie mächtig geschwollen. Daß das Militär abkommandiert wurde, hat ihnen das Rückgrat gesteiht, und dazu haben sie die Pfaffen und die Zeitungen und das ganze große Publikum hinter sich. Sie haben schon große Töne geredet, was sie machen wollen ... ja, sie bereiten sich vor. Zunächst werden sie Chester Johnsons und so viele von den anderen fünfzehn hängen, wie sie können. Das sagen sie mit klaren Worten. Sie haben es alle auf die Gewerkschaften abgesehen. Der Teufel kann alle Arbeiterorganisationen holen.“

„Sieh uns an. Es ist jetzt nicht mehr Sympathiestreik für die Fabrikarbeiter. Wir haben unsere eigenen Beschwerden. Sie haben vier von unseren besten Leuten weggejagt — die immer im Vorstand saßen und mit dabei waren, wenn es zu beraten galt und so weiter. Und sie haben es ohne Grund getan. Sie wollen

nur Krach, sage ich, und den kriegen sie auch, wenn sie sich nicht vorsehen. Uns ist die Marschrouten von den vereinigten Hafenarbeitern von San Franzisko vorgezeichnet. Wenn wir die im Rücken haben, kommt es ein gutes Stück vorwärts.“

„Heißt das, daß ihr ... streiken wollt?“ fragte Sazon.

Er beugte den Kopf.

„Aber ist das nicht gerade das, was wir wollen? — Dazu wollen sie euch bringen.“

„Es kommt wohl ungefähr aus eines hinaus.“ Billy zuckte die Achseln und fuhr hastig fort: „Es ist besser zu streiken, als weggejagt zu werden. Wir zwingen sie dazu, und wir fangen sie, ehe sie bereit sind. Glaubst du, wir wüßten nicht, was sie vorhaben? Sie sammeln alle möglichen Kutscher und Eseltreiber rings in den Staaten. Sie haben schon vierzig Stück, denen sie Kost und Logis in einem Hotel in Stockton geben, die können sie also direkt hineinwerfen — die und mehrere Hundert vom selben Schlage. Der Wochenlohn, den ich Sonnabend heimbringe, wird also vorläufig der letzte sein.“

Sazon schloß die Augen und saß fünf Minuten ganz still da, während sie nachdachte. Sie pflegte sich nicht leicht aufzuregen. Die Kaltblütigkeit und das Gleichgewicht, die Billy so an ihr bewunderte, verließen sie nie, wenn es darauf ankam. Ihr war klar, daß sie selber nur ein Atom war, das in diesen verwirrenden, unsagbaren Streit zwischen vielen Atomen hineingeraten war.

„Dann müssen wir also unser Spargeld angreifen, um diesen Monat die Miete zu bezahlen“, sagte sie heiter.

Billy sah ganz verduht aus.

„Wir haben nicht so viel auf der Bank, wie du glaubst“, sagte er schließlich. „Bert mußte doch begraben werden, und ich mußte zuschießen, was die andern nicht zahlen konnten.“

„Wieviel war es?“

„Dierzig Dollar. Ich wußte, daß du nichts dagegen hättest. Und das hast du auch nicht, nicht wahr?“

Sie lächelte mutig und kämpfte ebenso mutig mit dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das sich auf sie herabsenkte.

„Es war das einzig richtige, Billy. Ich hätte dasselbe getan, und Bert hätte es für dich und mich getan, wenn es über uns gekommen wäre.“

Er bekam vor Freude einen heißen Kopf.

„Ja, Sazon, auf dich kann man sich verlassen. Du bist meine rechte Hand. Und deshalb sage ich: keine Kinder mehr. Wenn ich dich verliere, werde ich zum Krüppel auf Lebenszeit.“

„Wir müssen uns natürlich einschränken“, sagte sie nachdenklich und nickte leise. „Wieviel ist noch auf der Bank?“

„Etwa dreißig Dollar. Siehst du, ich mußte Martha Skelton bezahlen und ... ein paar andere Kleinigkeiten. — Es sieht übrigens so aus, als wollten auch die Straßenbahnkassner mitmachen. Dan Fallon ist sogar von New York hergekommen. Er versuchte, sich einzuschleichen, aber die Kameraden waren benachrichtigt, wann er New York verlassen hatte, und behielten ihn die ganze Zeit unterwegs im Auge. Und das war wohl auch nötig. Er hat ein ganzes Heer von Streikbrechern und schickt sie mit Extrazügen überall hin, wo man sie braucht. Oakland hat noch nie solche Arbeiterunruhen gesehen wie damals, und es wird noch schlimmer. Es sieht nach einem Höllenspektakel aus.“

„Dann nimm dich gut in acht, Billy. Ich will dich nicht verlieren.“

„Ach, hab keine Angst. Ich werde schon aufpassen. Und glaub nicht, daß wir einfach stillhalten, wenn sie uns ohrfeigen. Wir haben gute Chancen.“

„Aber wenn es Blutvergießen gibt, verliert ihr, nicht wahr?“

„Ja, davor müssen wir uns hüten.“

„Keine Gewalt.“

„Kein Schießen und kein Dynamit“, räumte er ein. „Aber es wird eine ganze Menge von Streikbrechern geben, denen die Köpfe zerschlagen werden. Das geht nun einmal nicht anders.“

„Aber so was willst du doch nicht mitmachen, Billy!“

„Nicht so, daß die Schwäger den Richtern erzählen können, sie hätten mich gesehen.“ Dann aber schlug er hastig ein anderes Thema an. „Der alte Barry Higgins ist gestorben. Ich wollte es dir erzählen, wenn du außer Bett warst. Sie haben ihn vor einer Woche begraben. Seine alte Frau zieht nach San Franzisko. Sie sagte, daß sie kommen und sich von dir verabschieden wollte. Nun ja, sie hat die ersten Tage gut für dich gesorgt, und sie hat Martha Skelton ein paar Dinge gelehrt, die sie noch nicht kannte. Martha stand direkt mit offenem Mund dabei.“

Wohlfahrtserwerbslose in Hamburg

Erwerbslose, die von der Arbeitslosenversicherung sowie der Krisenfürsorge ausgenommen oder nach ihrem Durchlauf durch die Arbeitslosenversicherung nicht von der Krisenfürsorge erfasst werden, bilden jetzt den Großteil derer, die man unter dem Namen „Wohlfahrtserwerbslose“ kennt. In Hamburg betrug die Zahl dieser aus dem normalen Arbeitsprozeß ausgeschiedenen Leute im Dezember 1927: 2211, am 9. Dezember 1928: 2852, am 8. Dezember 1929: 7116 und im Monat März 1930: 10 521.

Bedenkt man, daß über 80 Proz. dieser Ausgesteuerten voll arbeitsfähig sind, und berücksichtigt man weiter, daß sich unter diesen Unterstützungsempfängern viele Familienväter mit großer Kinderzahl befinden, dann ist zu verstehen, daß nach Mitteln und Wegen gesucht wird, um diese bedauernswerten Menschen dem freien Arbeitsmarkt wieder zuzuführen.

Um die kommunale Wohlfahrtspflege zu entlasten, um vor allen Dingen die Wohlfahrtserwerbslosen in den Arbeitsprozeß wieder einzureihen, wird versucht, in größerem Maße versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Die Unterstützungsempfänger sollen mindestens 26 Wochen, eine Zeit, die notwendig ist, um nach § 95 des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung die Anwartschaft zum Bezuge von Erwerbslosenunterstützung zu erreichen, mit einer versicherungspflichtigen Arbeit beschäftigt werden.

Schon im Jahre 1927 wurden einige Kolonnen Fürsorgearbeiter mit Drainagearbeiten (Entwässerung) auf dem Gelände des Versorgungsheims Farmsen beschäftigt. Später wurden diese Arbeiten durch Anlage eines Stadions auf preußischem Gebiet in Stellingen erweitert. Sehr bald aber, bedingt durch die rapid anwachsende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, mußte nach anderen Arbeitsmöglichkeiten umgesehen werden. Das Wort „zusätzliche Arbeiten“ wurde geprägt. Zu verstehen sind darunter alle Arbeiten, für deren Ausführung momentan planmäßige Mittel nicht zur Verfügung stehen, z. B. auf Grund des Bebauungsplans projektierte Sport- und Grünplätze, Erweiterungsbauten auf dem Ohlsdorfer Friedhof und, was besonders bemerkenswert ist und besonders interessiert, auch budgetmäßige Unterhaltungsarbeiten, deren Ausführung mit der beschränkten Zahl von Stammpersonal im Bedarfsfall nicht immer möglich ist. Vorläufig wird von dieser Maßnahme in großem Ausmaß nur das Garten- und Friedhofswesen betroffen. Es werden zurzeit in dieser Behörde etwa 800 Fürsorgearbeiter mit oben angeführten Arbeiten beschäftigt. Mit diesen Arbeitern wurden Einzelarbeitsverträge geschlossen, sogenante Arbeitsbedingungen für Fürsorgearbeiter. Die Arbeitszeit soll hiernach während des ganzen Jahres acht Stunden täglich, der Lohn pro Stunde 75 bis 90 Pf., je nach Leistung, betragen.

Im Gegensatz zur Auffassung der Gewerkschaft und ihrer Feststellungen glaubte die Wohlfahrtsbehörde, durch diese Staffellung einen Anreiz zur intensiveren Arbeit zu geben. Abgesehen davon, daß in den ersten zwei bis drei Wochen von einem unterernährten, ausgemergelten, von der Arbeit entwöhnten Körper, wozu noch bei den der Wohlfahrtsfürsorge Unterstehenden eine seelische Depression hinzukommt, ein sicheres Urteil über die Leistungsfähigkeit nicht abgegeben werden kann, ist auch bei einem minderen Lohn eine intensivere Arbeitsleistung nicht zu erwarten. Es taucht vielmehr bei dem Wohlfahrtserwerbslosen das Gefühl auf, er sei ein Arbeiter minderen Grades. Dem gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist diese Minderentlohnung eine Gefahr in bezug auf die durch Personaletat fest-

gelegte Zahl von ständig beschäftigten Staats- und Hilfsarbeitern. — Schon seit Jahren zeigt sich in den verschiedensten Behörden, daß der Etat der Stamarbeiter viel zu knapp bemessen ist. Dies drückt sich kraß in der Zahl der geleisteten Ueberstunden aus. Während nun der Senat, um die Erwerbslosigkeit zum Teil zu verringern, kundgibt, daß Ueberstundenarbeit möglichst zu vermeiden ist, um so einer Anzahl Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, wird die Einstellung von Hilfsarbeitern zum Tariflohn verhindert, aber nicht die Einstellung von Wohlfahrtserwerbslosen für 75 bis 90 Pf. Stundenlohn.

Wie vorher erwähnt, wird die Arbeit, die an sich zur Unterhaltung gehört und lediglich aus Mangel an Budgetmitteln liegen bleiben muß, als zusätzliche Arbeit bezeichnet. Diese Auffassung hat einen unhaltbaren Zustand geschaffen, indem bei gleicher Beschäftigung von Staats- oder Hilfsarbeitern und Wohlfahrtsarbeitern Tariflohn und soziale Zuschläge, auf der anderen Seite nur 75 bis 90 Pf. Stundenlohn gewährt wurden. Verständlich, daß durch diese Maßnahmen Unruhe unter dem ständigen Personal, begreiflich auch, daß Unfriede unter den Fürsorgearbeitern entstand. Nach längeren Verhandlungen zwischen unserer Organisation, der Senatskommission für Staatsarbeiter und der Wohlfahrtsbehörde kam es zu folgender Uebereinkunft:

Wohlfahrtserwerbslose sollen bei Einstellung von unständigen Hilfsarbeitern bis zu 50 Proz. berücksichtigt werden. Die Vermittlung erfolgt durch das Arbeitsamt. Wie jeder andere Hilfsarbeiter sind sie nach den Lohnsätzen der Staatsarbeiter (Tariflohn und Sozialzuschläge) zu entlohnen und fallen unter die Bestimmungen des Reichsmanteltarifes für die Gemeindefürsorge.

Wohlfahrtsarbeiter, die im Revier, auf der Straße oder staatlichen Arbeitsplätzen, also nicht auf der Wohlfahrtsbehörde vom Senat zugewiesenen besonderen Arbeitsplätzen (abgeschlossene Plätze) als überschüssig eingeschoben, beschäftigt werden, erhalten 1,01 Mk. Stundenlohn. Der Teil der Wohlfahrtsarbeiter, der auf abgeschlossenen Arbeitsplätzen beschäftigt wird, fällt nach wie vor unter die durch die Wohlfahrtsbehörde aufgestellten Richtlinien. Unter „abgeschlossen“ sind solche Plätze zu verstehen, die dem Verkehr nicht zugänglich, auf denen die dort beschäftigten Arbeiter nicht mit ständigem Personal zusammenarbeiten und Mittel zur Ausführung der Arbeit laut Budget nicht zur Verfügung stehen.

Der Begriff „abgeschlossene Arbeitsplätze“ ist also sehr eng gezogen im Gegensatz zur Auffassung der Wohlfahrtsbehörde, die jede Kolonne, einerlei wo beschäftigt, als abgeschlossen betrachtet wollte. Die Gewerkschaft lehnte diese Auffassung ab, da sonst bei den Behörden der Anreiz bestanden hätte, sehr viele Unterhaltungsarbeiten als zusätzliche Arbeiten anzusehen, um sie durch untertariflichen Lohn (Staffellohn der Wohlfahrtsbehörde) ausführen lassen zu können. Die Entlohnung dieser Arbeiter, außer den Hilfsarbeitern, erfolgt aus Wohlfahrtsmitteln durch das Wohlfahrtsamt.

Angeichts der großen Zahl von ausgesteuerten Erwerbslosen, die nichts als die karge Wohlfahrtsunterstützung erhalten, kann es nicht verantwortet werden, der Fürsorgebehörde die Bemühungen zur Unterbringung der Ausgesteuerten zu erschweren. Mit aller Deutlichkeit muß aber gesagt werden, daß auf keinen Fall gebuhet werden wird, daß Wohlfahrtsarbeiter, wenn auch gezwungen, als Lohnrücker auftreten oder gar Ursache zur Verringerung des festen Personalbestandes werden. Oe.

Probleme der Arbeitslosigkeit

Zu den Aufgaben, die der internationalen Arbeitsorganisation in ihrer Satzung gestellt sind, gehören die Regelung des Arbeitsmarktes und die Verhütung der Arbeitslosigkeit. Die Organisation hat sich auch seit ihrem Bestande mit diesen Problemen befaßt. Bereits ihre erste Konferenz im Jahre 1919 beschloß ein Uebereinkommen, das die ihm beitretenden Staaten verpflichtet, alle verfügbaren statistischen und sonstigen Angaben über die Arbeitslosigkeit dem Internationalen Arbeitsamt mitzuteilen, inbegriffen Auskünfte und Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen oder in Aussicht genommen worden sind. Das Uebereinkommen stellt ferner Grundsätze auf für die zweckmäßige Gestaltung des Arbeitsnachweises, der öffentlich und unentgeltlich sein soll. Unter anderem soll das Internationale Arbeitsamt im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges

Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der Länder hinwirken. In der Form eines Vorschlags für die Staatsgesetzgebungen empfahl die erste Internationale Arbeitskonferenz das Verbot der Erriachtung von gewerbsmäßigen und anderen entgeltlichen Arbeitsnachweisen. Derselbe Vorschlag suchte internationale Uebereinstimmung hinsichtlich der Ausführung von Notstandsarbeiten in einem Punkte anzubahnen; er empfiehlt nämlich, die Staaten mögen die Ausführung der öffentlichen Arbeiten so regeln, daß sie, soweit wie möglich, in Zeiten der Arbeitslosigkeit und in den besiedelten davon betroffenen Gegenden vorgenommen werden. Das Internationale Arbeitsamt hat vor einiger Zeit die Regierungen, die in bezug auf Konjunkturausgleich durch öffentliche Arbeiten und Aufträge bereits Erfahrungen gesammelt haben, um Auskunft über die dabei befolgten Verfahren und die erzielten

Ergebnisse gefragt. Die eingelassenen Antworten werden gegenwärtig verarbeitet.

Seitdem das vorhin erwähnte Übereinkommen von 1919 besteht, das in nahezu allen Staaten Europas durchgeführt wird, sind die öffentlichen Arbeitsnachweise überall ausgebaut und verbessert worden, so daß sie nun weit zweckmäßiger die Vermittlung der Arbeitskräfte betreiben können als ehemals. In allen Ländern, für die Angaben vorhanden sind, nahm die Zahl der Vermittlungen von Stellen durch öffentliche Arbeitsnachweise von 2 700 000 im Jahre 1911 auf 8 300 000 im Jahre 1920 und 17 600 000 im Jahre 1927 zu.

Ein planmäßiges Zusammenwirken der Arbeitsnachweise verschiedener Länder zum Zwecke des internationalen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ließ sich jedoch bisher nicht durchführen. Die zwölfte Tagung der Arbeitskonferenz (1929) ersuchte deshalb den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, die Mittel zu prüfen, die geeignet wären zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die in dieser Hinsicht bestehen.

Die Zweite Internationale Arbeitskonferenz (1920) nahm zwei Übereinkommen und einen Vorschlag betreffend die Arbeitslosigkeit der Seeleute an. Ein Vorschlag der dritten Konferenz (1921) empfiehlt Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, wie z. B. die Förderung der Siedlung, die intensivere Bodennutzung, Verkehrserleichterungen, Förderung von Nebenberufen auf dem Lande usw.

Weitere Versuche zur internationalen Regelung des Arbeitsmarktes wurden nicht mehr gemacht, in der Erkenntnis, daß es vorerst gilt, eine bessere Kenntnis der Ursachen der Arbeitslosigkeit zu gewinnen.

Das Internationale Arbeitsamt befaßte sich u. a. mit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit. Ergebnisse dieser Studien wurden bereits in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ veröffentlicht, und zwar eine Darstellung der jahreszeitlichen Schwankungen des Arbeitsmarktes in einer Reihe von Ländern, ein Bericht über die berufsübliche Arbeitslosigkeit in der Bekleidungsindustrie und eine statistische Untersuchung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit in den Baugewerben.

Ferner wurde den Zusammenhängen zwischen den Konjunkturschwankungen und den Schwankungen der Preisstände nachgegangen, wobei sich ergab, daß es wünschenswert sei, die Herstellung einer Ruhelage des Geldwertes anzustreben, und zwar nicht nur im Sinne des Verhältnisses der Währungen zueinander, sondern auch im Sinne der Kaufkraft. Diesen Gedanken hatte schon die Wirtschaftskonferenz von Genäva im Jahre 1922 in einer Entschließung ausgesprochen. Mit Hilfe geeigneter Regelung des Kreditwesens und sonstiger Maßnahmen der Notenbanken wäre der Geldumlauf im weitesten Sinne, also mit Einschluß von Zahlungsmitteln aller Art, der Entwicklung der Gütererzeugung derart anzupassen, daß die schroffen Schwankungen zwischen Ueberfluß und Mangel an Kapital gemildert werden, womit die Wirtschaftstätigkeit und damit auch der Arbeitsmarkt stabilisiert würde.

Ähnliche Gedankengänge wurden zum Ausdruck gebracht in einem Referat auf der Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt im September 1926 und im Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Völkerbundsrat beschloß im vorigen Jahr einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die Ursachen der Schwankungen der Kaufkraft des Goldes und die Folgen dieser Schwankungen auf das Wirtschaftsleben der Völker zu prüfen hat. Mit einer Entschließung der zwölften Internationalen Arbeitskonferenz wurde das Internationale Arbeitsamt aufgefordert, diesem Sachverständigenausschuß des Völkerbundes für die Durchführung der Untersuchung seine Mitarbeit anzubieten; auch sollte es dem Ausschuß sofort die Ergebnisse seiner Erhebungen über den Einfluß der Währungsschwankungen auf die Stabilität des Arbeitsmarktes mitteilen usw.

Der Einfluß der Preisbewegungen auf den Umfang der Arbeitslosigkeit ist einer der Gegenstände, die in einem jüngst erschienenen Bericht des Internationalen Arbeitsamts behandelt werden. („Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung“. Genf, 1929. 283 Seiten.) Es wird davon ausgegangen, daß die Höhe der Warenpreise von dem Verhältnis der zu einem gegebenen Zeitpunkt zum Verkauf angebotenen Waren zu den zum gleichen Zeitpunkt verfügbaren Zahlungsmitteln bestimmt wird. Ein Steigen des Preisniveaus wird darauf zurückgeführt, daß die Zahlungsmittel rascher vermehrt wurden als die Menge der Waren. Das kann die Folge einer Inflation der Zahlungsmittel oder einer Kreditinflation sein oder auf einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit der Zahlungsmittel beruhen.

Jedenfalls ist damit ein wenn auch nur vorübergehender Anreiz für die Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit gegeben. Hingegen wird angenommen, daß in einem Sinken der Preise die Knappheit der Zahlungsmittel im Verhältnis zur Menge der angebotenen Güter Ausdruck finde. Daraus ergibt sich eine Verlangsamung des Warenabsatzes, die wieder zu einer Steigerung des Umfanges der Arbeitslosigkeit führt. Dazu komme noch, daß steigende Preise die Käufer zur Beschleunigung der Deckung ihres Bedarfes veranlassen, weil sie die Zahlung noch höherer Preise vermeiden wollen, während bei sinkenden Preisen mit Einkäufen zurückgehalten wird, weil man eine weitere Verbilligung erwartet. Dem Hervortreten des Einflusses der Preisbewegungen auf die Lage des Arbeitsmarktes könne eine ganze Reihe anderer Faktoren entgegenwirken, die gleichzeitig den Geschäftsgang beeinflussen. Selbst wenn also nicht in jedem Einzelfalle bestimmte Schwankungen des Preisniveaus mit bestimmten Schwankungen der Arbeitslosigkeit zusammenfallen, würde dies keineswegs ein Beweis dafür sein, daß die Preisbewegung den Arbeitsmarkt nicht in der eben gekennzeichneten Weise beeinflusst, sondern es wäre eben anzunehmen, daß andere Einflüsse in entgegengesetztem Sinne wirken und stärker zur Geltung kommen.

Die Zahlen und Kurvenbilder in dem Bericht zeigen, daß zwar in einigen Ländern ein Sinken der Arbeitslosigkeit einem Steigen der Preise entspricht und umgekehrt. In anderen Ländern aber trifft das nicht zu, die Kurven der Preise und der Arbeitslosigkeit verlaufen dort unregelmäßig und kreuzen sich.

Es ist anzunehmen, daß ein Steigen der Preise auch nur dann einen Auftrieb der Wirtschaft und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben kann, wenn es von einer entsprechenden Steigerung der Verbrauchskraft für Massenkonsumgüter — also einer Erhöhung der Realeinkommen der Verbraucher — begleitet ist. Im anderen Falle wird die Preissteigerung zu Verbrauchseinschränkungen und damit zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen.

h. F.

Unsere Jugend

Mahnruf an die proletarische Jugend

Die proletarische Jugendbewegung hat sich in den letzten zehn Jahren stark entwickelt. Freie Gewerkschaftsjugend, Sozialistische Arbeiterjugend und die Arbeitersportlerjugend stellen ihre Arbeit bewußt in den Dienst des Sozialismus. In ihren Veranstaltungen leisten sie vorbildliche Erziehungsarbeit, die Menschen schafft, die mit offenen Augen die Welt erkennen und verstehen lernen.

Aber nicht nur in ernster Arbeit darf der Körper angespannt sein, Entspannung von der schweren Arbeit in der Fabrik oder im Büro ist nötig, Entspannung und gleichzeitig neues Kräfteschöpfen für die Arbeiten, die an anderer Stelle noch der Erledigung harren. Die Jugend ist die Zukunft! Sie soll das Erbe unserer Väter antreten, sie soll das Werk der Vorkämpfer des Sozialismus weiterführen und weiter verbessern. Und darum muß sie ihrem Körper im Spiel und Sport das richtige Maß der Entspannung bringen.



Sonntags Wanderungen in die freie Natur, hinaus in Wald und Feld, in den Ferien ins Gebirge, an die See! Weber Wind noch Wetter scheuend, den verstaubten Lungen neue frische Luft zuführen und im lustigen Spiel sich tummelnd, so soll und muß unsere proletarische Jugend leben.

Immer mehr hat in der letzten Zeit der systematische Turn-

unterrichtet, der Gymnastik- und Spielbetrieb in den proletarischen Jugendorganisationen Platz gegriffen, so daß viele Gruppen der Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend bereits regelmäßige Turnstunden abhalten und auch Spielmannschaften haben. Unverkennbar stecken in diesen Turn- und Sportabteilungen wertvolle Kräfte der proletarischen Jugendbewegung.

Junge Menschen, die gemeinsam für ihre Ideale, für die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung kämpfen, haben das unbedingte Verlangen, auch in Spiel und Sport nebeneinander zu stehen und im friedlichen Streit froh ihre Kräfte miteinander zu messen. Und hier ist die Stelle, wo sie mit der übrigen, dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund angeschlossenen proletarischen Jugend zusammenkommen. Im frohen Spiel lernen sie einander kennen. Im Spiel erklären sie sich eins in dem Gedanken für den Sozialismus. Arbeiterjugend, Gewerkschaftsjugend und Sportlerjugend schafft so in gemeinsamer Arbeit eine starke, mächtige sozialistische Jugendbewegung!

Für die Frauen

Achter Frauenkursus in Tinz

Die Heimvolkshochschule Tinz in Gera ladet zur Teilnahme an ihrem achten Frauenkursus ein. Die Lehrfächer, die in den Frauenkursen im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie, Erziehungsfragen, Frauenfragen, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen. Aufnahme finden Bewerberinnen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerberinnen haben an die Schulleitung ein Gesuch und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsstand und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den den Bewerberinnen von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung einbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringerinnen 150 Mk., für die übrigen Reichsdeutschen 180 Mk., für Ausländerinnen 200 Mk. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (6 Stunden wöchentlich) an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten.

Der Kursus beginnt am 1. August 1930 und dauert bis 20. Dezember 1930. Die Bewerbungen sind spätestens bis 1. Mai 1930 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte Mai. — Anfragen und Bewerbungen ist Rückporto beizufügen. Die Leitung der Heimvolkshochschule Tinz.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Reichsregierung ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Die Gründe sind aus nachstehendem Aufruf des Vorstandes der SPD. zu ersehen.

Die neue Reichsregierung hat ein absolut reaktionäres Gesicht. Sie sieht so aus: Dr. Brüning (Zentrum); Reichskanzler. Dr. Dietrich (Demokrat); Stellvertreter des Kanzlers und Reichswirtschaftsminister (bisher Ernährungsminister). — Dr. Wirth (Zentrum); Reichsinnenminister (bisher Minister für die besetzten Gebiete). Dr. Curtius (Deutsche Volkspartei); Reichsaußenminister (wie bisher). Dr. Moldenhauer (Deutsche Volkspartei); Reichsfinanzminister (wie bisher). Dr. Schiele (Deutschnational); Reichsernährungsminister. Dr. Vredt (Wirtschaftspartei); Reichsjustizminister. Von Guérard (Zentrum); Reichsverkehrsminister (bisher Justizminister). Dr. Stegerwald (Zentrum); Reichsarbeitsminister (bisher Verkehrsminister). General Groener Reichswehrminister (wie bisher). Schäkel (Bayerische Volkspartei); Reichspostminister (wie bisher). Treviranus (Volkskonservativ); Minister für die besetzten Gebiete.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei tagte am 22. März in Mannheim. Der Vorsitzende Dr. Scholz legte hier ein Bekenntnis zur großen Koalition ab.

Wieder Einheitsfrontparole der KPD. Die Betriebsräteverbände haben den Bantrott aufgezeigt der in letzter Zeit geübten KPD-Politik: „Mit den ‚revolutionären‘ Unorganisierten gegen die Gewerkschaften.“ Darum hat ein Elfi-Mann eine Umstellung im KPD. vorgenommen, worauf der alte Ladenhüter „Einheitsfront“ wieder hervorgeholt und als neues unerschöpfbares Mittel den KPD.-Mitgliedern aufgeschwatzt wird. Solange die KPD. keine wirkliche gewerkschaftsfreundliche Partei wird, sondern nur darauf bedacht ist, auf die eine oder andere Weise die Gewerkschaften zu erobern oder zu zerstören, um die

Gewerkschaftsmittelglieder so oder so vor den Karren der russischen Politik zu spannen, kann es ein gezieltes Zusammenarbeiten zwischen KPD. und Gewerkschaften nicht geben.

Aus Politik und Volkswirtschaft

An das werktätige Volk!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat anlässlich der Regierungskrise am 28. März folgenden Aufruf erlassen:

„Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der stärksten Angriffe der gesamten Reaktion, hat zur offenen Krise geführt. Sicherung der Unterstützung für die Notleidenden unverändert arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Gegensatz führte zum Bruch. — Schon im Vorjahre erfolgte ein schwerer Angriff auf die Arbeitslosenversicherung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften wiesen ihn in einmütiger Geschlossenheit zurück. Es gelang, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten. Die Sozialreaktion gab sich damit nicht zufrieden. Die Sozialreaktion will die Arbeitslosenversicherung abbauen, damit die Not die Arbeiter zwingt, Lohnherabsetzungen widerstandslos hinzunehmen. — Die Sozialdemokratie verlangte rechtzeitig die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Erhöhung der Beiträge unter Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches. Aber sowohl die Erhöhung der Beiträge als auch die Beibehaltung des Reiches wurden von der Deutschen Volkspartei heftig bekämpft. Sie wollte durch Drosselung der Einnahmen die Entlastung der Unternehmungen erzwingen. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien am 25. März hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, erklärt:

„Es müßte jetzt endlich ein Haltesignal für die Ausgaben aufgerichtet werden, und es sei dringend notwendig, die Arbeitslosenversicherung unter den stärksten finanziellen Druck zu stellen, damit die Reformen zum Abbau der Leistungen erzwungen werden.“

Darum lehnte die Deutsche Volkspartei die Vorlage der Reichsregierung vom 5. März ab. In ihr war eine Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Proz. vorgesehen. Zuschüsse von 200 Millionen sollten in den Haushalt des Reiches für das Jahr 1930 eingestellt werden. Die Darlehenspflicht des Reiches sollte aufrechterhalten bleiben. Dieser Vorlage, die von den volksparteilichen Ministern mit beschlossen war, stimmte die Sozialdemokratie zu. — In diesem Kampf mit der Deutschen Volkspartei stand die Sozialdemokratie allein. Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei suchten zu vermitteln. Sie machten der Deutschen Volkspartei weitgehende Zugeständnisse, obwohl dadurch beträchtliche Fehlbeträge entstehen mußten, über deren Deckung nicht fest, sondern im Spätsommer entschieden werden sollte. Dann sollten entweder die Beiträge erhöht oder neue Mittel durch Verbrauchsteuern beschafft oder die Leistungen abgebaut werden. — Wenn im Spätsommer wieder keine Einigung über die Beitragserhöhung zu erzielen war, was blieb dann übrig? Nur der Abbau der Leistungen! Denn in dem Schrei nach Steuererleichterungen wären neue Steuern, besonders zu diesem Zweck, nicht bewilligt worden. — Um das hohe Gut der Arbeitslosenversicherung, das für Arbeitslose wie für Arbeitende gleich wichtig ist, unverfehrt durch die jegliche Wirtschaftskrise zu bringen, war die Sozialdemokratie zu großen Zugeständnissen auf anderen Gebieten bereit. Sie hatte ihre Bedenken gegen die Erhöhung von Verbrauchsteuern und gegen die geplante Senkung von direkten Steuern zurückgestellt. Sie war bereit, auch mit Opfern der Arbeiterklasse die öffentlichen Finanzen zu sanieren, dem Wirtschaftsleben neuen Antrieb zu geben und die gewaltige Krise auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden. Diese Zugeständnisse konnte sie aber nur dann verantworten, wenn durch sie die sozialen Erzeugnisse gesichert wurden, die für das Lebensschicksal der erwachsenen Bevölkerung von höchster Bedeutung sind. — Die Kompromißvorschläge der bürgerlichen Parteien trugen diesem Erfordernis nicht Rechnung. Sie brachten keine Sicherheit für die Finanzgesundheit, sie büdeten breiten Massen den größten Teil der Mehrlasten auf, ohne die sozialen Ausgaben, insbesondere die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zu garantieren. — Hier hat die Sozialdemokratie ein Haltesignal aufgerichtet. Ihre Bereitschaft zu gemeinsamer verantwortlicher Arbeit hat dort eine Grenze, wo die Interessen der werktätigen Volksschichten bedroht sind. — Der Vorstoß der Deutschen Volkspartei richtet sich nicht allein gegen die Arbeitslosenversicherung. Er trifft die gesamte soziale Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden und damit die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse. — Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Einfluß in der Koalitionsregierung benutzt, um die sozialreaktionären Pläne der Unternehmerverbände abzuwehren. Sie hat damit in voller Einmütigkeit mit den Gewerkschaften wahr gemacht, was sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feierlich versprochen hat: „An der Arbeitslosenversicherung läßt die Sozialdemokratie nicht rütteln!“

Den Kampf, den die Sozialdemokratie in der Regierung geführt hat, wird sie außerhalb der Regierung fortsetzen. Wir gehen ungewissen Ereignissen entgegen. Schwerste Konflikte drohen. Festes Zusammenstehen der werktätigen Massen zur Verteidigung und zum Angriff ist notwendig denn je. Seid wachsam und bereit! Stärkt die Reihen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften!

Aus unserer Bewegung

Königsberg — Danzig — Insterburg. In den vorgenannten Städten hat am 16., 17. und 18. März Kollege Scherff (Berlin) über „Die aktuellen Beamtenfragen der Gegenwart“ in gut besuchten Versammlungen gesprochen. Er gab mit seinem Referat einen Rückblick auf die Beamtenbewegung und kam dabei auch auf die aktive Abwehr des Kapp-Putsch zu sprechen; an der gerade die Beamten einen erheblichen Anteil hatten. Der Beamte soll Diener des Volkes sein, das kann er aber nur, wenn er die Nöte und Kämpfe der tragenden Volkskräfte kennt und weitestgehend unterstützt. Die Beamten leisten durchaus keine unproduktive Arbeit, wie es von den bürgerlichen Parteien immer wieder behauptet wird. Sie sind auch gern bereit, im Rahmen des Möglichen an der Abhilfe der Notstände mitzuwirken, aber eine alleinige Heranziehung der Beamten zu einem Notopfer muß abgelehnt werden. Die Beamten wenden sich auch gegen die Doppelverdienerei und gegen das Ueberstundenwesen in den Verwaltungen, insbesondere aber gegen die Rationalisierungsmethoden der Reichsbahn. Bei einem Vergleich der Besoldungsverhältnisse der unteren Beamtengruppen zwischen heute und 1920 muß festgestellt werden, daß das reale Einkommen der Beamten erheblich gesunken ist und prozentual weit hinter dem Einkommen der höheren Beamten zurückbleibt. Wenn auch der Staat Not leidet, so kann das die unteren Beamten doch nicht von dem Einbringen berechtigter Forderungen abhalten. Die Beamten verlangen ein Mitbestimmungsrecht über die wirtschaftliche und soziale Gestaltung des Betriebes, und im kommenden Beamtenvertretungsgesetz müssen die Bezirksbeamtenauschüsse generell obligatorisch festgelegt werden: Gewerkschaftsvertretern ist der Zutritt zu den Beamtenauschüssen zu gestatten und Arbeiter dürfen den Beamtenvertretungen nicht unterstellt werden. Nachdem der Referent noch kurz die Reichsdienststrafordnung, Unfallversicherung, Arbeitszeit der Beamten und die Krankenversicherung gestreift hatte, schlossen alle Versammlungen mit einer lebhaften Diskussion der angeschnittenen Fragen ab.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Hermann Wiedmann, der Redakteur des „Deutschen Eisenbahner“, des von allen Gewerkschaftsblättern uns am nächsten stehenden Organs, wurde am 22. März 60 Jahre alt. In einem kleinen Ort bei Oldenburg geboren, erlernte er das Schmiedehandwerk und kam schon frühzeitig, im Jahr 1891, zur Gewerkschaftsbewegung. Er wurde Mitglied des damaligen Schmiedeverbandes. Als ein tätiger Funktionär mußte er in seiner Jugendzeit all die Leiden und Schwierigkeiten durchkämpfen, die keinem aufrechten Kämpfer erspart blieben. Im Jahr 1907 wurde er Redakteur des Schmiedeverbandes. Damit überstellte Kollege Wiedmann nach Hamburg. Als der Schmiedeverband 1912 mit dem Metallarbeiterverband verschmolzen wurde, trat Wiedmann in das Hauptbüro des Metallarbeiterverbandes ein. Im Jahr 1920 ging er zum Eisenbahnerverband über und übernahm die Betriebsräteabteilung des Verbandes. Gar bald wurde er in die Redaktion berufen. Seitdem übt er wieder seine alte Tätigkeit als Gewerkschaftsredakteur aus.

Internationale Rundschau

Raymond Lavigne, der Vater des Gedankens der Maifeier, ist kürzlich in Bordeaux gestorben. Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1899 in Paris wurde der Achtstundentag als eine Forderung des internationalen Proletariats aufgestellt, und man beriet Mittel und Wege, um dieser Forderung eine breite Öffentlichkeit zu geben, sie widerhallen zu lassen in Millionen von Herzen derer, die noch unter einer unmenschlich langen Arbeitszeit seufzten. Da stellte Raymond Lavigne den Antrag, einen Propagandatag in der Form einer Feier für diese Forderung zu veranstalten. Der Beschluß wurde angenommen, ohne daß er auf dem Kongress selbst als besonders wichtig und bedeutsam empfunden worden wäre. Man setzte als Datum für die Durchführung dieses Beschlusses den 1. Mai 1890 fest. Auf diesen Tag war man gekommen, weil die Amerikaner schon vor längerer Zeit an demselben Tage Demonstrationen für den Achtstundentag in den gesamten Vereinigten Staaten festgelegt hatten. Der Gedanke, eine Feier, ein spezielles Arbeiterfest als Propaganda für den Achtstundentag zu schaffen, kommt Raymond Lavigne zu. Er fand 1890, als der Tag zum erstmalig gefeiert wurde, besonders in Deutschland und Oesterreich ungeheuren Anklang trotz der großen politischen Schwierigkeiten, die sich seiner Durchführung entgegenstellten; denn man befand sich in Deutschland ja noch unter dem Sozialistengesetz, dessen Ende allerdings durch den überwältigenden Sieg bei den Wahlen im Februar 1890 entschieden worden war. — Raymond Lavigne ist stets ein eifriger Sozial-

list gewesen, aber er trat innerhalb der Bewegung nicht stark hervor. Er war seit 1881 Mitglied der französischen Arbeiterpartei, wie sie sich damals nannte, und wurde 1888 Sekretär der Nationalvereinigung der Gewerkschaften Frankreichs. Außerdem war er auch noch in der Genossenschaftsbewegung tätig.

RUNDSCHAU

Sinn und Grenzen der deutschen Sozialpolitik. Ueber dieses Thema sprach am 10. März Reichsarbeitsminister Wisse in der Vereinigung für die staatswissenschaftliche Fortbildung. Wir geben aus dem Vortrag folgenden Gedankengang wieder:

„Im Jahre 1839 entwarf man sich, den schlimmsten Auswüchsen des Frühkapitalismus dadurch entgegenzutreten, daß man die Nachtarbeit von Kindern unter 10 Jahren in Fabriken verbot und ferner untersagte, Kinder von 10 bis 16 Jahren länger als 10 Stunden zu beschäftigen. Auch der Schutz der arbeitenden Frau wurde mit in den Kreis gesetzgeberischer Maßnahmen gezogen. Als dann der industrielle Aufschwung Deutschlands und damit die Vermehrung der Industriearbeiterschaft diese zur Klasse zusammenwachsen ließ, setzte etwa von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg eine neue Ära sozialpolitischer Maßnahmen ein, die aus dem Gedanken geboren ist, der sich allmählich ihrer politischen Macht bewußt werdenden Arbeiterbewegung durch positives Handeln des Staates den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ihr Ziel ist, für den Arbeiter und seine Angehörigen im Falle der Krankheit, des Alters und des Unfalls zu sorgen, und zwar in verhältnismäßig weitgehendem Maße, wobei in der Krankenversicherung Elemente der Selbstverwaltung getragen wurden, so daß der Arbeiter hier schon Subjekt, nicht mehr bloß Objekt der Sozialpolitik wird. Die Gewerkschaftsbewegung war damals zu schwach, um ihre Bestrebungen auf Gleichstellung von Arbeitgeber und Arbeiter durchsetzen zu können. Das gelang erst im Laufe des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit, als die politisch erstarkte Gewerkschaftsbewegung es vermochte, der Sozialpolitik ihren Stempel aufzudrücken, durch Besserung der Rechtsstellung des Arbeiters die sozialen Spannungen zu mildern und an Stelle der formalen eine wirkliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Arbeitsrecht zu setzen. Diesen Zustand herbeizuführen dienten folgende Verordnungen und Gesetze: die Verordnung über den Achtstundentag, die Verordnung über die Tarifverträge, die das kollektive Arbeitsvertragsrecht zur Geltung bringt und die Uebermacht des Unternehmers gegenüber dem einzelnen bricht, das Betriebsrätegesetz mit seiner konstitutionellen Arbeitsverfassung, die Schlichtungsordnung mit ihrer staatlichen Hilfe zur Vereinbarung von Gesamtverträgen, das Arbeitsgerichtsgesetz, das auch den Trägern eines Tarifvertrages ermöglicht, ihre Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag gerichtlich auszutragen, und als Schlüsselstein der Sozialversicherung die Erwerbslosenfürsorge oder jetzt Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Im Gegensatz zu den früheren Zeitaltern wird die Notwendigkeit einer starken staatlichen Sozialpolitik, die den Vorrang der Wirtschaft nicht mehr unbedingt anerkennt, sondern eine gewisse Autonomie beansprucht und geeignet ist, eine Milderung der Produktionspolitik herbeizuführen, grundsätzlich kaum noch bestritten. Bekämpft wird nur noch um die Reichhöhe und das Ausmaß der Sozialpolitik. . . . In den 50 Jahren des Bestehens der deutschen Sozialversicherung ist die Produktivität der deutschen Wirtschaft ständig aufwärts gegangen, deshalb kann es um die sittlich verderbliche Tendenz der Sozialgesetzgebung nicht so schlimm bestellt sein. Die Versicherungsinselform Deutschland wird sich zum Versicherungskontinent Europa gestalten. Die Sorge, daß die soziale Vorbelastung der deutschen Wirtschaft zu groß werden wird, um sie wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt zu erhalten, ist von der Hand zu weisen. Die volkswirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft und die Vorbelastung durch die Reparationen beeinflussen die deutsche Sozialpolitik. Sie muß heute nicht mehr privatwirtschaftlich, mit der Rücksicht auf langfristige Rentabilität des Unternehmens, sondern volkswirtschaftlich begründet werden: Der schnelle Verschleiß der Arbeitskraft im modernen Fabrikbetrieb des laufenden Bandes, des Taylorsystems, Bedienungssystems, muß durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Erhöhung der Lebenshaltung ausgeglichen werden. Die moderne Sozialpolitik ist nicht aus dem Gesichtswinkel der Schadenersatzung, sondern der Schadensverhütung zu betrachten. Die eine Million Arbeitslosen, die nach den Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes keine Unterstützung zu beanspruchen haben, gibt in einem kapitalistischen System, das nicht alle Arbeitskräfte zu beschäftigen vermag, zu denken und läßt die Gemeindefürsorge zur Wohlfahrtspflege dieser Erwerbslosen ungemein anschwellen. Wo die Sozialpolitik ihre Grenzen findet, läßt sich allgemeingültig nicht beantworten. Soziale Maßregeln, die heute untragbar scheinen, brauchen morgen die Wirtschaftlichkeit nicht mehr zu gefährden. Je mehr sich das Ausland zum Ausbau seiner Sozialpolitik entschließt, um so weniger werden wir auf Wettbewerbsvorteile verzichten können. Wie eine gesunde Sozialpolitik zur Voraussetzung einer blühenden Wirtschaft hat, so ist umgekehrt auch davon auszugehen, daß ohne eine kräftige Sozialpolitik auf die Dauer heute eine blühende Wirtschaft nicht denkbar ist.“

BRIEFKASTEN

In den Spalten 269/270 der „Gew.“ A und 253/254 „Gew.“ B muß es heißen „Beitrag der Arbeitnehmer“ nicht Unternehmer.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelkirchplatz
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißische Straße 42